

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Nüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Nüdersdorferstraße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Dienstag abends 7 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis pro Quartal 80 Pf. (ohne
Postgebühr), bei Auslieferung unter Kreuzband
1,20 Mr.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Einzelnenpreis: die viergebastete Zeitzeile 10 Pf.

Nummer 19.

Berlin, den 12. Mai 1907!

8. Jahrgang.

Kollegen, betreibt mit Hochdruck die Frühjahrssagitation!

Inhaltsverzeichnis.

Des Klassenkampfs Früchte. — Der Baupolier. — Sozialdemokratische Philosophie. — Kurze Notizen: Die Frühjahrs-Sitzungen im Baugewerbe. Einkommensteuer und Preußischer Landtag. Kontrolleure aus dem Arbeitersstand. Ein Heer von berufenen qualifizierten Kontrolleuren. Lehrlinge und Meistertitel. Wie es mit dem Terrorismus. Ein wilbgewordener Scharfmacher. Wirtschaftliche Bewegung. — Was die wirtschaftliche Lage. Der Schutz der Arbeitswilligen. — Verbandsnachrichten: Berg-Marien-Hütte. Hagen. Hörder. Lütgenborndorf. Bottrop. Düsseldorf. Schwelm. Würselen. Herten i. W. Passau. Röda. Rumburk. Fuhrbach. Worms. Dierenthal. Mannheim. Köln. Münster. — Aus dem Gesamtverband. — Aus den Verbänden. — In Dausenitz. — Literarisches. Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. — Sterbe- — Anzeigen.

Des Klassenkampfs Früchte!

Es ist eine bekannte Taktik der sozialdemokratischen Partei, daß sie, wenn die Gewerkschaftsbeamten Maßnahmen entgegenstehen, aus denen sonst erstereen für ihre revolutionären Ziele zu ziehen hoffen, Briebe zu schreiben, in denen zwischen den Beamten und den Gewerkschaftsmitgliedern. Das zeigt sich namentlich auch in sozialdemokratischen Bewegungen. Wenn die Beamten auf Grund ihrer Erfahrungen gewerkschaftlichen Erfahrungen und auf Grund ihres Standpunktes der sozialdemokratischen Politik, in Führer-Bewegung der tatsächlichen Machtverhältnisse und Erfolglosigkeiten vor Gewerkschaftsbewegungen warnen, dann ist es fast selten die radikale sozialdemokratische Presse, die einen Angriff an Uebereinstimmung zwischen den Meinungen Beamten mit den Gewerkschaftsmitgliedern zu konstatieren und erstere nach jeder Richtung hin bei letzteren mischreditieren sucht. Das ist eben eine Folge des Verhältnisses zwischen freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Partei und deren radikalen Presse, die gemeinsam über jegliche Regung der ersten zur Selbständigkeit und der die Gewerkschaften vielfach nur in soweit sind, als sie ihnen als Werkzeuge für ihre zweifelhaften radikalen Pläne zu dienen haben. Das unter solchen Umständen von einer strengen Disziplin unter den Gewerkschaftsmitgliedern nicht die Rede sein kann, ist selbstverständlich. Noch schlimmer als dieser Disziplinmangel an sich sind die schweren Gefahren, die infolgedessen nicht allein für einen gewerkschaftlichen Verband bis zu seiner Auflösung auf Jahre hinaus eintreten können, sondern auch für die gesamte Arbeiterbewegung, sofern die Disziplinlosigkeit Wasser auf die Mühlen derjenigen liefert, die heute als morgen durch reaktionäre Maßnahmen einer Arbeiterorganisation den Hals umdrehen möchten.

Noch sind die Folgen dieser Hebe bei der Aussperrung der Berliner Elektricitätsindustrie von Ende 1905, beim Abschluß des neuen Buchdruckertariffs Ende 1906 mit ihrer unzähligen Beleidigung der Gewerkschaftsbeamten aus den Mitgliederkreisen nicht vergessen, da muß aus Anlaß der "Grundstein" (Nr. 18), Organ des Verbandes der Maurer Deutschlands, seine Stimme wieder klagen über die geistige und moralische Misshandlung der Führer durch die Mitglieder erheben. Der "Grundstein" greift auf die eben genannte Hebe der Radikalisten gegen die Buchdrucker-
mitglieder zurück und schreibt dann:

"Vehnlich ist es jetzt in Berlin leitenden Personen des Zentralverbandes der Maurer ergangen, die, um eine Fassenaussperrung der Berufsgenossen, einen nach ihrer kleinen Überzeugung unter ungünstigen Aussichten zu trennen Kampf mit dem Unternehmertum zu verhindern, den die Ansichten der großen Mehrheit der Mitglieder bestätigt haben. Es ist begreiflich, daß sich in solchen unglücklichen Situationen der Massen der zur Enttäuschung berufenen Kollegen einige Erregung bemächtigt. Aber auch solch eine erklärbare und entschuldbare Erregung ist, wenigstens in ihren Ausprägungen, ihre Grenze an einzigmöglicher Erhöhung und im Gerechtigkeitsgefühl überschritten. Diese Grenze hat sie leider nicht gefunden bei den Kollegen, die sich nicht erhalten konnten, den Opponenten ihrer Ansichten und Absichten geradezu ehrwürdige Spotteln und Burzeln zu machen. Die bösen Worte, die unter Spotteln und Burzeln, Bestechungswaffen zu verstehen ist usw. — wir haben sie ja so oft in Laufe der Jahre in ähnlichen Anlässen aus dem Munde solcher gehört, eine ihrer momentanen Stimmung widerstreitende Antwort nicht ertragen können."

"Doch es ist hier nicht um Einzelerscheinungen, sondern um eine geheimnisvoll-wiederkehrende Identität, die auch der "Grundstein" die haben zu allgemein ausgesagt.

Aus langer, schmerzlicher Erfahrung heraus sprechen wir über ein Unwesen, das sich bis jetzt wie eine Art Erfüllung in der Arbeiterbewegung, in der Gewerkschaft und in der Partei erhalten hat: das Unwesen, führende und sonstige ehrenhafte Leute, die sich mit ihren Urteilen und Ratsschlägen in prinzipiellen und taktischen Fragen in Widerspruch sezen mit Ansichten und Absichten, die jeweilig Überwasser haben oder zu gewinnen suchen, dahin zu verhängen oder gar zu beschimpfen, daß sie sich von verwerflichen Ansichten, von schlechten Motiven und Absichten lassen ließen. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung weist leider gar so viele Fälle dieser Art auf, darunter wahrschärfst drastische. Es sei erinnert an die ungerechten, gehässigen Angriffe, schlimmen Verdächtigungen und Beschimpfungen, denen vor kaum zwei Jahren in öffentlichen Versammlungen und in der Presse die Genossen ausgesetzt gewesen sind, die gewichtige Bedenken trugen, sich zu der von gewisser Seite mit einem wahren Fanatismus propagierten Idee des politischen Massenstreits zu bekennen. Sie haben ja allerdings ihre Rechtfertigung erfahren, aber trotzdem bleibt solche Art und Weise, den Meinungsstreit zu führen, tief bedauerlich."

Man muß im Interesse einer berechtigten Arbeiterbewegung solche Vorwürfe tief verlagen, kann aber mit vollem Recht auf der anderen Seite den führenden Kreisen in der "freien" Gewerkschaftsbewegung zutreffen: Nur ernst ist ihr, was ihr gefällt, wenn ihr tagtäglich durch eure Propaganda für die sozialdemokratische Partei und deren Presse dafür sorgt, daß das Feuer des Klassenkampfes nicht zum Erlöschen kommt! Wenn speziell durch Leidet ohne Aufsehen der Klassenkampf und Klassenkampf geschürkt wird, dann kann es nicht ausbleiben, daß der Strom desselben sich nicht bloß gegen diejenigen wendet, von denen der einzelne sich in seinem Lebens- und Menscheninteressen bedrückt fühlt, sondern auch gegen seine eigenen Klassengenossen, wenn er aus deren Kreisen unliebsamen Widerspruch findet. Die Predigt vom absoluten Klassenkampf muß auf die Dauer der Tod sein für die Gewerkschaftsdisziplin.

Dass nun angesichts dessen die führenden "freien" Gewerkschaftskreise sich aus der Umlammerung durch die Partei freimachen würden, ist nicht zu erwarten; für diese wird trotz aller offensichtlichen Schädigungen die Partei die beste Arbeiterschwester bleiben. Und demgemäß wird jedenfalls die "freie" Gewerkschaftspresse noch oft genug Veranlassung haben, mit ihren Klagen über die "Erbsünde der Arbeiterbewegung" als Frucht der Erziehung zum Klassenkampf und Klassenkampf die große Offensichtlichkeit zu unterhalten!

Der Baupolier.

(Nachdruck verboten.)

Kein anderer Arbeitnehmer, gleichviel an welche Kategorie man dabei auch immer denken mag, verursacht der Judikatur so viel Schwierigkeiten, wie gerade der Baupolier, so daß man ihn mit vielem Grunde das Schmerzenstück der Rechtsprechung nennen kann. Ist er den einfachen gewerblichen Arbeitern oder den Gesellen zuzählen, oder nimmt er die Stellung eines Betriebsbeamten bzw. Werkmeisters ein? Das ist die Frage, um die es sich allenfalls dreht, und wenngleich sie auch schon unzählig mal aufgeworfen worden ist, so hat sie bis zur Stunde doch immer noch nicht eine einheitliche Beantwortung gefunden. Das liegt allerdings nur zum Teile an der Rechtsunklarheit, die hierüber noch unvollendet; denn zu einem anderen Teile erklärt sich diese höchst unliebsame Erscheinung dadurch, daß sehr viele Arbeitnehmer im Baugewerbe sich Polier nennen und so auch im Berlehr und in dem Arbeitsvertrag genannt werden, ohne daß sie in Wirklichkeit sind.

"Handelt es sich bei dieser Streitfrage aber nicht, so möchte man einwenden, wie doch gar häufig nur um einen Streit über juristische Begriffe und keine Unterscheidungen, von dem für das praktische Leben nichts herauskommt?" Ganz und gar nicht. Ist der Polier ein Betriebsbeamter, so gilt für ihn und gegen ihn, wenn abweichende Vereinbarungen nicht getroffen worden sind, um nur einige Punkte herzuheben, eine Kündigungsfrist von sechs Wochen, und es kann immer nur für den Schluss eines Kalendervierteljahres die Löschung des Dienstverhältnisses herbeiführt werden. Gehört er dagegen in die Reihe der Gesellen und Arbeiter, so greift eine vierzehntägige Kündigungsfrist Platz und der Endtermin kann auf jeden beliebigen Kalendertag fallen.

"Aber darüber," so wird eingewendet, "können sich ja die Beteiligten selbst am besten verständigen, indem sie was die Kündigungsbedingungen anlangt, das vereinbaren, was ihnen am besten aufgeht." Und das ist nicht der Fall, denn das Weck verlangt auf alle Fälle, daß die

Kündigungsfrist für den Betriebsbeamten und den Werkmeister mindestens einen vollen Monat betrage, und duldet nicht, daß für einen anderen Zeitpunkt, als für den Schluss eines Kalendermonats gekündigt werde. Vertragsbestimmungen, die dieses Minimum nicht berücksichtigen, entbehren jeglicher Gültigkeit. Da sieht man schon, wieviel es darauf ankommt, genau zu wissen, ob der Polier Betriebsbeamter bzw. Werkmeister sei oder nicht.

Noch einen weiteren sehr wichtigen Unterschied. Erkrankt der Werkmeister oder Betriebsbeamte ohne sein Verschulden, so hat er für die Dauer von sechs Wochen Anspruch auf seinen vollen Lohn, muß sich allerdings gefallen lassen, daß das, was ihm auf Grund der geistlichen Kranken- oder Invalidenversicherung zusteht, in Abzug gebracht werde. Es kommt dabei nicht darauf an, wie lange das Dienstverhältnis schon besteht, ob und in welchem Umfang Erfolg für den Kranken sich bietet, noch auf die sonstigen größeren oder geringeren Schwierigkeiten, die durch den zeitweiligen Fortfall seiner Tätigkeit im Betrieb hervergerufen werden — wie auch immer die Sache in dieser Hinsicht liegen möge, er kann seinen Lohn für sechs Wochen ganz ebenso fordern, wie wenn er seiner Vertragspflicht ohne Unterbrechung vollauf genügt hätte. Der einfache Geselle oder Arbeiter steht dagegen bei weitem nicht so günstig, er kann den unverkürzbaren Lohn (natürlich auch wieder nach Abzug dessen, was ihm die Krankenkasse und dergl. mehr zahlt) nur fordern, wenn die durch seine Krankheit eingetretene Unterbrechung sich auf eine "verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit" erstreckt. Das sind regelmäßig höchstens vierzehn Tage.

Endlich noch eins: Streitigkeiten auf Grund des Arbeitsvertrages gehören, wenn der Arbeitnehmer der hier in Rede stehenden Kategorie der Betriebsbeamten, Werkmeister usw. angehört, nur dann noch vor das Gewerbege richt, wenn der Jahresarbeitsverdienst des betreffenden Angestellten den Betrag von 2000 Mr. nicht übersteigt. Sonst aber muß die Sache vor den ordentlichen Gerichten anhängig gemacht werden, während es bei den übrigen gewerblichen Arbeitnehmern, also den einfachen Arbeitern und bei den Gesellen darauf, wieviel sie im Jahre verdienten, gar nicht ankommt, ihre Streitigkeiten mit dem Arbeitgeber vielmehr stets vor dem Gewerbe-gerichte zum Austrag kommen müssen.

Das sind nur einige markante Beispiele, die veranschaulichen sollen, wie sehr es auch für das tägliche Leben darauf ankommt, genau zu wissen, ob der Baupolier der einen oder der anderen Gruppe zugerechnet ist. Nun verhielt sich in einem Falle, den das Kammergericht durch Erkenntnis vom 6. Oktober 1906 entschieden hat, die Sache so. Der Kläger stand als sogenannter Baupolier in den Diensten des Beklagten und verdiente unstrittig in dieser seiner Stellung für das Jahr mehr als 2000 Mr. Er erhebt im gegenwärtigen Prozesse gewisse Ansprüche, die hier nicht weiter interessieren, gegen seinen bisherigen Arbeitgeber, und da er als sogenannter Baupolier sich den Betriebsbeamten zugeschaut, so hat er sich mit seiner Klage an das ordentliche Gericht, nämlich das Landgericht I zu Berlin gewendet. Der Gegner hat die Unzulänglichkeit dieses Gerichtes eingewendet, weil die Sache vor das Gewerbe-gericht gehöre, da der Kläger in Wirklichkeit nur ein einfacher Bauarbeiter sei und im Sinne des Gesetzes die Bezeichnung Baupolier ihm nicht zulasse. In der Berufungsinstanz hat nun das Kammergericht die näheren Verhältnisse geprüft, unter denen der Kläger beim Beklagten gearbeitet hatte, und war daraufhin zu dem Ergebnis gekommen, daß er in der Tat nur als einfacher Arbeiter anzusprechen sei und daß deshalb die Klage vor das Gewerbe-gericht gehöre. Die Urteilsgrundlage äußert sich etwa folgendermaßen: Wen das Gesetz unter einem Betriebsbeamten usw. verstanden wissen will, ergibt sich aus der Gewerbeordnung — welche die materielle Grundlage des Gewerbegerichtsgesetzes bildet und in dessen § 133c dieselben Bezeichnungen für die aus der Klasse der Arbeiter herausgehobenen Personen gebraucht und erläutert werden. Danach sollen als Betriebsbeamte usw. folgende

„gegen feste Bezüge beschäftigten Personen, die nicht lediglich vorübergehend mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder einer Abteilung desselben beauftragt“ sind, angesehen werden. Zu diesen Personen aber gehört ein einfacher Zimmerpolier, zumal der Kläger, der nur mit drei, vorübergehend mit sechs Gesellen einen Dachverband herzustellen hatte, nicht mögen ihm auch einige äußerliche Tätigkeiten, wie die Beaufsichtigung der Zimmergesellen nach den feststehenden Tarifzonen, die Beaufsichtigung des ihm übergebenen Wochenlohnes und das Übertragen gewesen sein. Denn die Leitung des Betriebes über einer Abteilung desselben hat ein solcher Polier

nicht, er hat nur zusammen mit den übrigen Beamten gelesen nach Zeichnungen Holz zuzubereiten und zusammenzusetzen. Er hat auch nicht in die Arbeit einzutreten, Anleitung zu geben, in einzelnen Richtungen zu bestimmen und anzurufen, wie etwa ein Werkmeister in einer Fabrik, vielmehr ist die Arbeit vom Meister genau vorgeschrieben (durch die Zeichnungen) und danach von allen einzelnen Mitarbeitern (Polier und Gesellen) auszuführen. Aufsichtsbeamter ist der Polier auch nicht, d. h. das Beaufsichtigte ist nicht seine einzige oder wesentliche Tätigkeit, vielmehr arbeitet er voll mit, wie jeder Zimmergeselle, ist nur erster Arbeiter, dem nur einige beschäftigte und nebensächliche Aufsichtsbefugnisse (wie dem "Vorarbeiter" in anderen Betrieben) zustehen — eine Tätigkeit, die ihn nicht in dem Sinne des Gesetzes aus der Reihe der übrigen Arbeiter heraushebt.

Dr. jur. Wickerfeld.

Kurze Notizen.

Die Frühjahrssaison im Baugewerbe.

Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schreibt:

„Da in der letzten Zeit eine Stützung der Bautätigkeit behauptet wurde, verloht es sich bei der Wichtigkeit, die die Baukonjunktur für das ganze Wirtschaftsleben hat, die Voraussetzung zu prüfen, auf der die ungünstigen Urteile beruhen. Zunächst fällt auf, daß fast nirgends tatsächliche Angaben die pessimistischen Behauptungen unterstützen, daß vielmehr aus der Spannung am Geldmarkt ohne weiteres auf das Gepräge der Bautätigkeit geschlossen wurde. Hält man demgegenüber in einer Reihe nord- und mitteldeutscher Städte nach dem gegenwärtigen Stand der Bautätigkeit umfrage, so kommt man zu dem Schluß, daß in dem überwiegenden Teil aller dieser Städte die Beschäftigungsgelegenheit für Bauarbeiter befriedigend ist. Von den brandenburgischen Städten ist vornehmlich Brandenburg a. S. zu nennen, in dem rege gebaut wird. Verschiedene Neubauten sind in Angriff genommen, mehrere andere sollen in kurzen angefangen werden. Von kleineren Orten hat Herzfelde eine lebhafte Bautätigkeit aufzuweisen. In Frankfurt a. O. hat die Frühjahrssaison im Baugewerbe nicht nur kräftig eingesezt, sondern es sind auch begründete Aussichten vorhanden, daß die Bautätigkeit in diesem Jahre noch weiter zunehmen wird. Die Nachfrage nach Baumaterialien ist so lebhaft, daß die Ziegeleien ihre Lagerbestände fast vollständig leeren konnten. Auch in Cuxhaven hat sich eine rege Bautätigkeit entfaltet; zahlreiche Neubauten sind in Angriff genommen worden. Die Aussichten werden als normal bezeichnet. Eine kräftige Belebung der Bautätigkeit brachte das Frühjahr für Hottbus, wo die Arbeiten mit dem Eintritt wärmerer Wetters in vollem Umfang wieder aufgenommen wurden. Da für den Sommer eine weitere Zunahme der Bautätigkeit wahrscheinlich ist, so zeigen die Preise der Baumaterialien eine durchaus feste Tendenz. Ebenso wie aus Brandenburg laufen die Berichte aus den größeren Städten Sachsen überwiegend günstig. Eine Ausnahme macht nur Halle, wo die Bautätigkeit bisher ein ziemlich mattes Aussehen zur Schau trug. In Wittenberg wird außerordentlich rege gebaut; die Zahl der neuen, noch unfertigen Bauten dürfte die vorjährige wohl übersteigen; außerdem ist auch noch eine Reihe weiterer Neu- und Umbauten angemeldet. Kräftig entsaltet hat sich die Bautätigkeit in Bernburg und Bad Schmiedeberg und bietet reichliche Arbeitsgelegenheit; der Bedarf an Arbeitskräften vermag sogar nicht nach Wunsch gedeckt werden. Im Königreich Sachsen brachte das Frühjahr eine durchgreifende Belebung der Bautätigkeit. Zahlreiche Bauten wurden in Leipzig begonnen; nachdem die Winterruhe ziemlich lange andauerter hatte, setzte die Frühjahrssaison um so kräftiger ein. Auch in Freiberg wurden die Bauarbeiten in vollem Umfang wieder auf-

genommen, während in Chemnitz die Tage noch ungünstig sind. Hier beunruhigt, wie ja in vielen anderen Städten, die Erwartung größerer Arbeitskräfte den Baumarkt, so daß die Unternehmer abgerückt an neue Bauten herangehen; sie wollen beim Eintritt eines Streiks oder einer Abschaltung keinen Schaden haben. Ganz herausragend gut ist die Baukonjunktur in Schleswig-Holstein. Allen Orten voran gehen Kiel und Lübeck, in denen die Bautätigkeit noch lebhafter ist als vor Jahresfrist. Die geplanten Bauten in Kiel sind erst zum kleinen Teil in Angriff genommen, und doch haben die Bauarbeiter schon rechtlich zu tun. Besonders kleine Wohnungen werden in diesem Jahr viel gebaut werden, da die Herstellung kleiner Wohnungen dem Bedarf nicht gefolgt ist. In Lübeck ist die Bautätigkeit ebenfalls zufriedenstellend, die Aussichten sehr günstig. Vielversprechend sind die Aussichten in Uppenrade, wo zahlreiche kommunale und private Bauten anmeldet sind und in kurzen zur Ausführung kommen sollen. Auch in Tondern wird die Bautätigkeit als befriedigend bezeichnet. Diese Angaben weisen zum mindesten darauf hin, daß die pessimistischen Urteile über die Baukonjunktur im laufenden Jahre nicht allgemein gelten. Viel eher ist zu erwarten, daß die Verhältnisse in anderen Teilen des Reiches ebenso liegen, wie in den aufgeführten Orten Niedersachsen und Mitteldeutschlands.“

Einkommensteuer und Preußischer Landtag.

Bekanntlich wurde im vorigen Herbst der § 23 des Einkommensteuergesetzes dahin abgeändert, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, das Einkommen ihrer Arbeiter der Steuerbehörde anzugeben. Das hat zu mancherlei Beschwerden geführt, und zwar sowohl von Seiten der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber. Von einem schlesischen Werk waren z. B. bei Angabe der Löhne die Wenigen nach oben abgerundet worden und dadurch dem Arbeiter 18 Mark zuviel angerechnet, was oftmals genügt, um die Arbeiter in eine höhere Steuerklasse zu bringen. Die Arbeiter beschwerten sich, weil ihnen durch die Aufstellung einer großen Last aufgeblendet sei. Ein Antrag auf Befestigung genannter Bestimmung im § 23 des Einkommensteuergesetzes wurde abgelehnt. Die Arbeitgeber sind also auch fernerhin verpflichtet, genannte Angaben zu machen.

Wir finden dieses nicht mit unsocial, sondern die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes überhaupt. Warum gibt man denn einen Teil des Selbstschätzungsrechts und zwar von 3000 Mark an, und nicht auch denjenigen, welche unter diesem Betrag verbreiten. Diese haben doch mindestens ein Recht darauf, ebenso behandelt zu werden. Dann nehmen auch die vielen Scherereien mit den Steuererklärungen ein Ende. Durch die Annahme obiger Bestimmung ist der Willkür erst recht Tür und Tor geöffnet worden. Die Arbeitgeber geben den rein verdienten Lohn an und danach erfolgt die Einschätzung. Die gesetzlich zulässigen Abzüge können dabei nicht berücksichtigt werden, da sie der Behörde ja unbekannt sind. Die dadurch entstehenden Scherereien hat dann nicht nur den Arbeiter, sondern auch die Behörde.

Das unterste steuerpflichtige Einkommen von 900 Mark sollte überhaupt beseitigt werden. Veranlassung dazu ist umso mehr gegeben, als durch die Steigerung aller Lebensbedürfnisse das angezogene Einkommen im Verhältnis zu den Haushaltungskosten bedeutend an Wert gesunken ist. Darum werden auch diese untersten Sätze als besonders drastisch empfunden.

Baukontrolleure aus dem Arbeiterstand.

Bei der Debatte bezügl. eines wirtschaftlicher Arbeiterschutzes im preußischen Landtag am 18. April führte der Unterstaatssekretär Holle u. a. folgendes an:

„Es ist früher mehrfach die Vermischung von Baukontrolleuren aus dem Arbeiterstand angeregt worden. Diesen

Bestrebungen steht die Staatsverwaltung ablehnend gegenüber. Sie glaubt, daß ohne eine tiefe technische Bildung, die dem Arbeiter mangelt, eine nutzbringende Kontrolle nicht ausgetragen werden kann. Auch ist zu befürchten, daß die Bestellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeitern und Arbeitern beiträgt.“

Wenn derartige Ausführungen im preußischen Landtag gemacht werden, so braucht einem das ja weiter wunder zu nehmen; an Verständnis für tische Sozialpolitik hat sich jenseits noch selten hegegt. Es gewinnt aber dadurch den Anschein, als die Bemühungen der Unternehmer gegen die Unstimmigkeiten von Arbeiterkontrolleuren nicht ohne Erfolg geblieben. Sicherlich wurde im Reichstag das gleiche Material des Reichsministers zur Erwähnung übergeben. Ob auch der Reichsregierung die gleiche Ansicht zum Ausdruck kommt? Das wäre mindestens zu bedauern. Sind jene Städte wie München, Würzburg usw. tend einsichtiger, und sie haben mit der Anstellung Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande nur gute Ergebnisse gemacht. Und daß ohne eine tiefe technische Durchbildung eine nutzbringende Baukontrolle nicht geübt werden könnte, halten wir nicht für stichhaltig.

Ein Aufsichtsbeamter hat doch nur die Ausführungen der von der Behörde genehmigten Baupläne und Konstruktionsbedingungen sowie die Ausführung der Arbeiten und Gerüste zu überwachen. Und da kommt vor allen Dingen in Betracht, welche aber nur der praktische Handwerker, der selbst alles erprobt hat und weiß, gemacht wird, besteht. Wir haben des öfteren „nur“ gebildete Angestellte beobachten können, die nicht im entferntesten mit irgend einer Ausweisung die Leute herantreten konnten.

Und wie ist's mit der durch Arbeiterkontrolle zu befürchtenden Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer? Darüber kann man verschiedene Meinung sein; wir meinen, daß wenn ein Kontrolleur an den Arbeitgeber herantritt und ihn zur Durchführung der gesetzlichen Vorschriften ermahnt, dem kann eher gedient ist, als wenn, wie es heute noch fach üblich ist, derselbe der Polizei angezeigt werden muß, wodurch dann wieder Entlassungen hervorgerufen werden usw. Und werden bestehende Mißstände abgestellt, dann kann doch erst recht von einem harmlosen Arbeitsverhältnis die Rede sein. Wir halten heutige einseitige Kontrolle aber auch aus dem Grunde ungerecht, weil die Arbeiter es sind, welche ganze Person der Gefahr ihres Berufes aussehen müssen also an einer wirklichen Kontrolle das allgemeine Interesse haben und daher schon aus rein paritätischen Gründen eine Teilnahme an derselben verlangen.

Ein Heer von berufenen und qualifizierten Kontrollleuren.

Die Genossenschaftsversammlung der rheinisch-westfälischen Baugewerbeberufsgenossenschaft vom 20. Februar 1907 hat, wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ in Nummer 17 schreibt, entschiedene Veränderung eingeführt, gegen alle behördlichen Befreiungen, die auf Anstellung von Bau- und Betriebskontrolleuren aus Arbeitern durch die Träger der Unfallversicherung hinziehen. Diese streben stellen sich als einen durch nichts gerechtfertigten Eingriff in das Selbstverwaltungrecht der Berufsgenossenschaften dar, und ihre Verwirklichung wäre bei der erfahrt ungenügenden theoretischen und technischen Ausbildung von Arbeiterkontrolleuren gleichbedeutend mit der geradezu bedenklichen Verschlechterung des Arbeiterschutzes, dem die Berufsgenossenschaften mit ihrer Heere von berufenen und qualifizierten Kräften bedient und mit gutem Erfolge — ihre ganze Aufmerksamkeit zuwenden.

Das Bemühen der Unternehmer gegen die Anstellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstand zielt sonder-

Sozialdemokratische Philosophie.

Selbstredend ist legentlich ein griesgrämiger Hypotheker, der alle möglichen und unmöglichen Mittel schon versucht hat, um in eine heitere Stimmung zu kommen. Jetzt kann ihm geholfen werden. Gebt ihm — nicht zwar persönlichen Weintraum, — nein, gebt ihm die Broschüre zu lesen, die unter dem Titel „Sozialdemokratische Philosophie“ im offiziellen Parteiverlag „Vorwärts“ 1906 erschienen ist. Wir betonen: „im offiziellen Parteiverlag“ und mit dem Titel „Sozialdemokratische“ Philosophie: — also nicht so sehr als das Unternehmen des einzelnen zu beurteilen ist, sondern als eine Philosophie, die das Parteivertum trägt. Auch der gräßige Griesgram kann beim Studium dieser „Philosophie“ nicht mehr griesgrämig bleiben.

Schöpfer dieser „Philosophie“ ist der weiland Lohgerber Josef Dieckgen; sein Sohn Eugen, gleich dem Vater ein tüchtiger Pfaffenstreiter, hat das Büchlein neu herausgegeben und erzielt die Ware ... Vorwort in dröhrender Bellamei:

Weil die orthodoxen, freisinnigen und freireligiösen Gelehrten und Priester immer noch fortfahren — teils bewußt, teils unbewußt — die spekulativen Philosophie und die Religion dem Volke im Herrschaftsinteresse der Bourgeoisie erhalten zu wollen, möge das Proletariat diese naivsinnigen Verhältnisse- und Veränderungsmittel schmucklos abgrenzen mit Hilfe der folgerichtig monistischen Denkmethode und Weltanschauung, welche Josef Dieckgen so weislich auch in den vorliegenden Aussagen über Sozialismus und Philosophie geäußert hat.“

So Dieckgen, der Sohn Dieckgen, der Vater, hält sich für bereit, eine neue Philosophie zu schaffen, weil er „von jung auf viel und selbstständig in diesem Thema geforscht“ (S. 9). „Ich bin kein Hochgeschulter, sondern ein Lohgerber, der seine Philosophie aus autodidaktisch erworben hat.“ Auf Grund dieser höchst zweitmöglichen Vorarbeit will er seiner den gelehrten Professoren melden; denn das kann demnach nicht fehl den Herren; aber es wird ihnen von der Sozialdemokratie gerettet werden“ (41); fühlt sich doch die baderne Senoße „so sicher, daß wir ganz von oben auf die gesuchten Herren herauftreten“ (S. 11); um so mehr, als „die Professoren und Schreiberzonen ganz loslos sind in Bezug auf die Aufgabe, des Zwecks über den Gedanken der Philosophie“ (S. 13).

Weil er einmal Philosophie studiert hat, davon auch etwas zu verstehen, wird in seines Nichts durchbohrendem Gefühl demütig an die Brust schlagen, wenn der sozialdemokratische Philosoph ihr belehrt, daß die Philosophie keine Wissenschaft ist, sondern der radikale Holzweg im Gebrauch des Intellektus“ (S. 14). Da sind die großen philosophischen Geister der Menschheit neben dem sozialdemokratischen Lohgerber nur noch dumme Jungen.

Fragen wir, was ist der Inhalt der Philosophie? Antwort: Sie geht den tiefen Fragen nach: Woher kommen wir? woher die Welt? wohin gehen wir? Was ist des Daseins Sinn und Zweck? Von Urranfang an haben diese Fragen den Menschengeist aufgeragt und ihn zum Denken und Forschen getrieben. Der sozialdemokratische Philosoph ist über solche Kinderlichen erhaben. Ihm ist der Mensch mit solchen Fragen „ein großer Löwe“ (S. 14). Denn er fragt, „in die blaue Allgemeinheit hinein und — ein Narr wartet auf Antwort“ (S. 15). Der Mensch hat sich einfach zu begnügen mit dem, was da ist: „die Botanik fragt nach Sonne und Mond.“ Auf diese Fragen kann die Wissenschaftscheid geben. Noch mehr zu verlangen, zu fragen woher das Ganze? woher die Ordnung in der Welt ist, ist einfacherlich Unfumm. „Die speulative Methode der Philosophie ist nichts weiter als ein tölpelhaftes Fragen in die blaue Allgemeinheit hinein. Ohne Material, wie die Spinde ihres Jägers aus dem H...“, ja, noch weit material- und voraussetzungloser will der Philosoph seine speulative Weisheit aus dem Kopfe ziehen“ (S. 15).

Die alte Frage: Was ist Wahrheit? ist für diesen sozialdemokratischen Philosophen glatt erledigt. „Wahr ist ihm, was wie sehen, fühlen, hören, schmecken und riechen, also lebhaftige Empfindungen“ (S. 21). Kurz und gut: es ist der abgefeindteste, plotteste Materialismus. „Die Materie ist uns die Substanz und der Geist die Mündigkeit“ (sic! S. 26). Das möge genügen.

Kein Wunder, daß dieser plottste Schöpfer auf die Metaphysik, die sich gerade mit den höchsten und leisten Fragen befaßt, den Fragen nach dem letzten Grunde des Seins der Dinge, außerst schlecht zu sprechen ist. Diese definiert er kurz und knapp als „übergekennliche Wahrheit“ (S. 29). Was erkennt von sozialer Seite aus Leidet er sich den Geist, den vollkommenen Gott und das Volk, die all-

schreiben kann, der beweist, daß er von der Metaphysik nicht einmal so viel versteht, wie jenes Badischen, auf die Frage nach hervorragenden Frauen aus den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft mit herzerfülltem Naivität neben der Anna Liebe (Analyste) und Anna Leopold (Anatomie) auch die Meta Physik (Metaphysik) nannt. Während große Denker den Menschen gerade in jenes Forschungstreiber, wegen seines Strebens nach Kenntnis der letzten Gründe — das ist Metaphysik — als das „Ursachen-tier“, das „animal metaphysicum“ bezeichnet haben, ist dieser sozialdemokratische Parteiphilosopher der wohlwogenen Meinung, daß die Menschwerbung recht anfängt, wo das metaphysische oder philosophische Tier aufhört“ (S. 42). Das heißt man den Menschen auf das Niveau des Tieres herabdrücken und ihm jede Fähigung aberkennen, die ihm zum Menschen und seiner Vernunft-Ausstattung.

Der Ochse auf der Weide sieht eben Pflanzen, tagt sie nach seiner Freilust. Er sieht auch den Himmel mit seiner Sternenpracht; den stiert er an und ist er aufzufrieden. Er begnügt sich mit der Wirklichkeit; nun ist er eben ein Ochse. Der Mensch aber begnügt sich nicht; und dafür ist er eben Mensch — sondern er exportiert die wunderbare Organisation der Pflanze in ihrem Leben und Leben, wie den Wunderbau des Weltalls. Als Kunstsieg begabtes Wesen, das von seiner Vernunft Geboren, erblüht er in der Ordnung, die das Ganze beherrscht und durchdringt, das Werk nicht des blinden Zufalls, sondern einer denkenden Vernunft. Liebet die Welt der Dinge hinaus! das ist der Fingerzeig, den die Natur jedem Menschen gibt. Mag daher tausendmal der Lohgerberphilosoph den Menschen zurufen: Contenti estote — genügt euch mit dem Amnis-Brote der Wirklichkeit, beginnt euch, daß Sonne, Mond und Sterne am Himmel und Pflanzen, Gras und See auf der Erde; aber um Gottes willen nicht mehr!

Der Ochse auf der Weide sieht eben Pflanzen, tagt sie nach seiner Freilust. Er sieht auch den Himmel mit seiner Sternenpracht; den stiert er an und ist er aufzufrieden. Er begnügt sich mit der Wirklichkeit; nun ist er eben ein Ochse. Der Mensch aber begnügt sich nicht; und dafür ist er eben Mensch — sondern er exportiert die wunderbare Organisation der Pflanze in ihrem Leben und Leben, wie den Wunderbau des Weltalls. Als Kunstsieg begabtes Wesen, das von seiner Vernunft Geboren, erblüht er in der Ordnung, die das Ganze beherrscht und durchdringt, das Werk nicht des blinden Zufalls, sondern einer denkenden Vernunft. Liebet die Welt der Dinge hinaus! das ist der Fingerzeig, den die Natur jedem Menschen gibt. Mag daher tausendmal der Lohgerberphilosoph den Menschen zurufen: Contenti estote — genügt euch mit dem Amnis-Brote der Wirklichkeit, beginnt euch, daß Sonne, Mond und Sterne am Himmel und Pflanzen, Gras und See auf der Erde; aber um Gottes willen nicht mehr!

Philosophie = Schöpfer.

ten. Geradezu während sind die Bedenken gegen die Verschlechterungen des Arbeiterschutzes. Sonderbar, daß Arbeiter der direkten gegenseitigen Meinung sind; und diese sind es doch, die ihre Knochen zu Markte tragen müssen. Und das Heer von Kontrolleur? Es ist von hier so gewesen, daß diejenigen, die am meisten Verantwortung haben, irgend eine Einrichtung zu fürchten, auch im Maus dagegen am weitesten aufreihen. Wie sieht es dann speziell mit der Bauteilekontrolle im Gebiet der Niederrhein-Westfälischen Berufsgenossenschaft aus? Bei 163304 Baularbeiten waren technische Aufsichtsbeamte angestellt und schreibe ganz — 9. Es entfallen demnach auf einen ganzen 18145 Baularbeiter bei 2757 Betrieben. Ziehen wir den Saisoncharakter unseres Gewerbes und die durchschnittlich beschäftigten Personen in Betracht, so entfallen auf einen Aufsichtsbeamten sogar 22581 Personen. Hinzu kommt der auf einen Beamten entfallenden Zahl der Baularbeiter steht die Rh.-W. Berufsgenossenschaft aber an höchster Stelle, nämlich mit den bereits oben angegebenen 45 gegen 7991 bei der Bayerischen Berufsgenossenschaft. Wo bleibt da das Heer von Kontrolleur? Sollen wir etwa die Vertrauensmänner dafür ansehen? Sie haben vollständig genug zu tun, wenn sie in ihrem eigenen Gewerbe Ordnung halten wollen.

Lehrlinge und Meistertitel.

Dem Reichstag ist ein Entwurf betr. Abänderung des SS 129, 181 und 183 der Gewerbeordnung zugegangen. Derselbe bestimmt, daß in Handwerksbetrieben die Beurkundung zum Halten und zur Anleitung von Lehrlingen die Personen zugeht, welche das 24 Lebensjahr vollendet haben und in dem Handwerk, in welchem das Halten der Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, 1. die Rechtigung zur Führung des Meistertitels haben oder an dem Gewerbe oder in dem Zweige des Gewerbes, in dem die Anleitung der Lehrlinge erfolgen soll, entweder von der Handelskammer vorgeschriebene Lehrzeit, der solange die Handelskammer eine Vorschrift über die Dauer der Lehrzeit nicht erlassen hat, mindestens die dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben oder fünf Jahre hindurch öffentliches Handwerk selbstständig ausgeübt haben oder während einer gleich langen Zeit als Werkmeister oder in gleicher Stellung tätig gewesen sind. In Handwerksbetrieben, welche nach dem Tode des Gewerbetreibenden in Rechnung der Witwe oder minderjähriger Erben fortgeführt werden, sind bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode des Lehrherrn als Vertreter zur weiteren Anleitung von Lehrlingen auch Personen befugt, welche nur Anforderungen unter 2 und 3 entsprechen. Dem Unternehmer eines Betriebes, in welchem mehrere Gewerbe vereinigt sind, kann die untere Verwaltungsbehörde die Beurkundung erteilen, in allen zu dem Betriebe vereinigten Gewerben oder in mehreren dieser Gewerbe Lehrlinge zuleiten, wenn er für eines der Gewerbe den Voraussetzungen des § 129 entspricht. Den Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung eines Handwerkes dürfen nur Handwerker führen, welche für dieses Handwerk die Meisterprüfung bestanden haben. Die Besugnis zur Führung des Meistertitels in Verbindung mit einer anderen Bezeichnung, die auf eine Tätigkeit im Bauhandwerk hinweist, insbesondere des Titels Baumeister und Baugewerksmeister, wird durch den Bundesrat geregelt. Bis zum Inkrafttreten des Bundesratsbeschlusses darf der solcher Titel nur dann geführt werden, wenn die Bundesregierung über die Besugnis zu seiner Führung in den Vorschriften erlassen hat. Zur Meisterprüfung sind in der Regel nur Personen zuzulassen, welche eine Gesellenprüfung bestanden haben und mindestens drei Jahre als Stelle tätig waren. Personen, die den Vorschriften des Gesetzes betreffs Haltung von Lehrlingen nicht entsprechen, dürfen ihre Lehrlinge auslernen lassen. Dieartige Besugnis zur Anleitung von Lehrlingen kann nur verliehen werden, wenn sie fünf Jahre lang schon Lehrlinge angeleitet hatten. Während der ersten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes darf die Zulassung zur Meisterprüfung von dem Bestehen der Gesellenprüfung nicht abhängig gemacht werden.

Wie steht's mit dem Terrorismus?

Aus Hannover wird uns geschrieben: Am Donnerstag, den 11. April, nahm der Maurer Gersbach einen Steinbuck des Maurermeisters Beplate in der Kolonie Ihhausen die Arbeit auf. In der Mittagspause, als der Delegierte Maurer Eich, das Verbandsbuch des G. reichte und dabei feststellte, daß G. kirchlich organisiert war, wurde er sofort aufgefordert, in den Centralverband der Maurer Deutschlands überzutreten und sich als Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins einzutragen zu lassen. G. lehnte dies Ansinnen selbstverständlich ab, was zur Folge hatte, daß sie wützten ja jetzt, wie sie den G. zu behandeln hätten. Denn bislang dem G. die Ruhe zum Essen in den Pausen gewonnen war, so wurde dieses jetzt auch auf die Arbeitszeit abgedehnt, um ihn dadurch aus der Arbeit zu drängen. Der Höhepunkt wurde am 19. April erreicht, als der Maurer Müller gar zu Tätschkeiten überging und den Gersbach mit Steinen prahlte. Durch das Eingreifen des Meisters wurde Müller der Hauptabteilungsleiter entlassen, worauf sämtliche Genossen Arbeit niedergelegten. Dieses war vorher verabredet. Am nächsten Tage versuchten verschiedene sich wieder anzubetteln, was aber abschlägig bezeichnet wurde. Am Abend mußte Gersbach dann noch die Erfahrung machen, daß sein Stiefel von einem Genossen zerstochen war. Blinder Fanatismus läßt die sitzt an töten Gegensäben. Am Sonnabend bei der Böhnung wurde G. von dem Maurer Deppe in der Weise bedroht: Es sei sich nur in acht nehmen, er wäre noch nicht zu Hause, da der oben geschilderte Fall nicht vereinzelt besteht, beweisen zu besonders die bis jetzt in diesem Jahre gefallenen Urteile.

1. Mitte Januar wurden von dem Schöffengericht die Bauarbeiter Wünneberg und Freemann zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt wegen Abschaffung des Kirchlich organisierten Kollegen Bergmann.

2. Am Montag März wurde der Genosse Rantengieber ebenfalls mit 2 Wochen Gefängnis bestraft wegen Terrorisierung einer nicht organisierten Bauarbeiter Haase.

3. Am 30. März fand eine Gerichtsverhandlung statt, in welcher sich die Maurer Kirchlich Sozialdemokratisch, Wilhelm Böckeler, Heinrich Süßner und Bauarbeiter G. Biegeler wegen Verleumdung, Überredung und Belästigung beschuldigt sahen. G. Biegeler wurde freigesprochen.

Dieselben sollten in den sozialdemokratischen Maurerverband übertragen, was durch Arbeitseinstellung erzwungen werden sollte. Besagte vier wurden auf Drängen der Genossen vom Meister Gersbach entlassen. Der Maurer Süßner hatte erklärt: Wer nicht im Dreieck ist, kann mit uns nicht arbeiten. (Drei ist gemeint Mitglied des Centralverbandes, Abonnent des sozialdemokratischen "Vollswille" und Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins.) Urteil: je 14 Tage Gefängnis.

4. Am 26. April wiederholte sich dasselbe in verstärkter Auslage. Diesmal handelte es sich um Zimmerer. Angeklagt waren neun Genossen des Centralverbandes der Zimmerer Deutschlands: Paul Bogat (zurzeit Soldat), Heinrich Teigbauer, Wilh. Grages, Aug. Flöhr, Wilh. Stelling, Aug. Stadtmann, Georg Beplate, Georg Euen und Heinz Kasten, wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung. Am Mittwoch, den 4. Oktober 1906, verteidigten sie dem Zimmermeister Martin in Döhren v. h. die Wiederannahme der Arbeit, wodurch der Arbeitgeber gezwungen wurde, die Kollegen Strecker und Staufenbiel (Mitglieder unseres Verbandes), zu entlassen. Hierdurch wurden sie vier bzw. acht Tage arbeitslos. Die Kollegen ließen sich aber lieber aus der Arbeit drängen, als die rote Zwangsjacke anzuziehen. Das Resultat der Verhandlung war, daß alle neun Männer zu je acht Tagen Gefängnis verurteilt wurden.

Bemerkenswert bei dieser Verhandlung war die Begründung des Richters. Er führte aus: Der Terrorismus gegen andersdenkende Arbeiter nimmt in Hannover einen so großen Umfang an, daß dem nur mit einer harten Strafe gesteuert werden kann. Nicht nur der Baudelegierte macht sich des Vergehens gegen § 153 des G. O. schuldig, indem er den Andersdenkenden zum Übertritt auffordert, sondern auch derjenige, welcher durch Eisenbleiben in der Baubude der Sache den nötigen Nachdruck verschafft. Indem er die Handlungsweise des Delegierten durch sein stummes Verhalten zu der seinigen mache, und der Delegierte nur das ausführt, was er wolle, deshalb müsse die Bestrafung aller neun Mann erfolgen.

Was sagen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsorgane hierzu? Bemerken wollen wir, daß zurzeit in Hannover noch kein Prozeß schweben. Ist das nicht geradezu erstaunlich? Wir bedauern nur die armen Angehörigen dieser verbündeten Arbeiter. Aber deshalb diesen Terrorismus noch weiter rüdig hinzunehmen ist nicht mehr angängig. Machen sich doch diese Elemente selbst kein Gewissen daraus, Familienältere wieder und immer wieder brotlos zu machen. Wir können die Mahnung des Vertreters des "Grubstein" auf der Generalversammlung in Köln, die Delegierten sollten allen von uns angegebenen Terrorismusfällen nachgehen — freilich zu einem anderen Zweck, als wir meinen, nur unterstützen. Dann aber auch den Mitgliedern die Rücksicht vor der Überzeugung anderer beibringen, sie aber auch zu der gleichen Duldung anderer Meinungen anhalten, die sie von der eigenen beanspruchen. Dann würde es schon um vieles besser werden.

Ein wildgewordener Scharfmauer.

Ein "erschrocklicher" Draufgänger scheint der Redakteur des Centralorgans der Dachdeckermeister Deutschlands, der "Deutschen Dachdeckerzeitung" zu sein. Sind's die zurzeit im Dachdeckergewerbe sich abspielenden Kämpfe, die's ihm angehen, oder will er sich sonstwie in empfehlende Erinnerung bringen. Also er schreibt:

"Was vor allem not tut, wäre einmal ein gründliches Aufzählen unter der Heiterkeit, die unter dem Deckmantel sozialer Wohlfahrtsförderung das unverschämteste Glyptothekentum betreibt. Weber die feigen Angeber des Altertums, noch die preußischen Kaffeieriecher haben ihr Gewerbe mit solcher Freiheit ungeniert treiben können, wie diese modernen Arbeiterausbeuter. Der neuzeitliche Humanitätsdusel hat eine misshamenschwangere Stiftung von Massenanmauerung, dumme dreiste Gleichmachungswütigkeit, ein soziales Klostertum im Arbeitsmittel, wie im Freizeit, gezeigt, daß wahrscheinlich mehrere kräftige Blitzeschläge dazu gehören werden, diese Lust auch nur einigermaßen wieder atembar zu machen."

Höher steigt's nimmer. Das bedeutet ja die schärfste Konkurrenz gegen den Dresdner Grafen Bückler. Wir können dem grimmen Blitzschleuderer nur eine Salzwasserheilanstalt aufs angelegentlichste empfehlen; vielleicht wird dann die Lust für ihn wieder atembar werden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Blaibach, Steinarbeiteraussperrung, Düsseldorf-Eierenfeld, (Eisen- und Stahlwalzwerk), Maurerstiel, Düsseldorf, Sperrung über die Firma Alton, Weissenburg i. G., Zusperrung (Maurer, Zimmerer u. Bauhilfsarbeiter), Elsdorf bei Aachen (Steinarbeiter), Berlin (Dachdecker), Emmerich (Maurer), St. Ingbert (Maurer), Schlechstadt (Bayern) (Maurer und Hilfsarbeiter), Bamberg (Maurer), Andernach (Maurer), Niederauer, Füger, Bauhilfsarbeiter u. Zimmerer), Belpkin (Maurer), Düsseldorf (Zimmerer), Warburg (Maurer), Welle (Maurer und Bauhilfsarbeiter).

Bezirk Brandenburg.

Berlin. Die Lohnbewegung der Dachdecker in Berlin besteht unverändert fort. Am Montag, den 29. April, fand auf Einladung des Arbeitgeberbundes eine Aussprache zwischen der Kommission des Arbeitgeberbundes und den beiden Kommissionen der Arbeitnehmer (christliche und "freie") statt, welche jedoch zu keinem Ergebnis führte. Die Arbeitgeber boten eine Erhöhung des Stundenlohns von 8 Pf. im ersten Jahr, im zweiten und dritten Jahr je 2 Pf. ohne Verkürzung der Arbeitszeit, was abgelehnt wurde. Die Aussperrung bleibt dennoch weiter bestehen. Von unserem Verband sind 150 Mitglieder von der Aussperrung betroffen, zurzeit sind jedoch nur noch 70, vom "freien" Verband 460. Da in Berlin 1000 Dachdecker in Arbeit sind, ist die Aussperrung nicht allgemein. Verschiedene Geschäfte haben sich an der Aussperrung nicht beteiligt. Auch haben mehrere Geschäfte die Forderungen bewilligt.

Bezirk Hannover.

Helmstedt i. Br. Um für unsere hiesigen Kollegen eine Lohnaufbesserung zu erzielen, zeichnet die Zahlstellen unseres soz. Verbandes den hiesigen Arbeitgeber eine Forderung ein. Der Arbeiterschaft entgegenzukommen war jedoch nicht die Absicht der Herren Unternehmer, und so ließen sie die durch den Gesellenausschuß eingereichte Forderung unbeantwortet. Uns war somit der Kampf ausgesetzt und legten daher sämtliche Maurer am 16. April die Arbeit nieder. Die anerkannteste Weise batte Herr Bürgermeister Schöemann sofort Verhandlungen mit den Unternehmern an, woran auch dem Gesellenausschuß und Meisterkommission von unserer Seite der Arbeitsschule Kollege Sprenger teilnahm. Das Resultat dieser Verhandlungen, welche an vier Tagen fortgesetzt wurden, war, daß ab 1. Juli 1907 eine Lohnzehrung von 1 Pf. 1. April 1908 von 1 Pf. 1. April 1909 wiederum von 1 Pf. eintrete. Es wurde ein Vertrag bis 31. März 1910 abgeschlossen und die Arbeit am 22. April wieder aufgenommen. Angenommen berührte es, als Kollege Stoff in der letzten Versammlung erklärte, daß unser Verband keinen einzigen Stoßbrecher zu verzeichnen habe, dagegen vom "freien" Stoßbrecherseite sei mehrere Mitarbeiter hätten an dieser Versammlung teilgenommen. Unserer Arbeitsschule haben wir zugestimmt, daß ein gesetzliches Ausschlußverbot verhindert

wird die Organisation für sie ist; hoffentlich werden sie auch in Zukunft sich die Vorteile der Organisation zu Nutzen machen. Es heißt jetzt: agitieren und schulen, damit der jetzt abgeschlossene Vertrag nach seinem Ablauf durch einen neuen ersetzt wird, der uns wieder einen Schritt vorwärts bringt.

Bezirk Hanau.

St. Ingbert, 4. Mai. Durch das provolatorische Vorgehen der hiesigen Unternehmer beschlossen die Maurer am Montag, den 29. April, in einer gemeinschaftlichen Versammlung einstimmig den Streik. Nachdem die beiden Bezirksleiter die Kollegen auf ihre Pflichten sowie Rechte während des Streiks aufmerksam gemacht hatten, entschlossen sich die Kollegen, anderweitig in Arbeit zu treten. Der größte Teil reiste schon am gleichen Tage ab, die andern am nächsten, so daß bis Mittwoch sämtliche Kollegen in zufriedenstellender Weise nach ihrer Mitteilung untergebracht waren. Daß die schwarzen List, welche die hiesigen Unternehmer im Einverständnis mit dem Kreisverband des pfälzischen Baugewerbes über ganz Südwesterwaldland in vor trefflicher Weise verbreitet hatten, auch jetzt noch ohne Bedeutung sind, muß den Herren doch bald klar sein. Das geht daraus hervor, daß die Herren sich per Telefon sowie schriftlich bzw. mündlich mit ihren Kollegen in Verbindung setzen mußten um unsere Kollegen zur Entlassung zu bringen, jedoch, soweit uns bekannt, ohne Erfolg. Auch die schwersten Stücke leistten die Herren im Rennen zu und auf den Bahnhöfen, sowie im Reisen in unsere Nachbarstädte, um Maurer zu fangen. Auch ihre Sendboten bzw. Handlanger sollen schon an der Arbeit gewesen sein in den Nachbarorten; dieselben erzählten den Maurern, die Streitenden hätten sich mit den Unternehmern geeinigt, und erhielten jetzt 52 Pf. pro Stunde. Glück haben sie damit nicht gehabt, denn wir haben für Aussklärung georgt, Glauben aber vielleicht diese Dunkelmänner, unsere Pfälzer Maurer wären noch so tüchtig und gingen auf diesen Leim, oder würden ihren Kollegen in den Rücken fallen? — Kollegen ausserorts, lasst euch durch solche nicht betrügen; unterstüttet eure Kollegen in diesem Kampfe dadurch, daß ihr St. Ingbert meidet, denn unser Sieg ist auch euer Sieg. Den abgezogenen Kollegen aber tuet, wie zu harret aus im Kampfe, zeigt euch als ganze Männer und werde keiner zum verräter, dann muß der Sieg unser sein.

Bezirk Würzburg.

Welle (Hann.). Seit einigen Wochen hat auch hier am Orte unser Verband Fuß gefaßt. Unsere junge Zahlstelle sollte aber schon bald in einen Kampf verwickelt werden. Die Bauhilfsarbeiter, welche alle im freien Verband organisiert sind, stellten an die Unternehmer Forderungen, welche nicht bewilligt wurden. Darauf legten dieselben am Dienstag, den 23., die Arbeit nieder; hierdurch wurden auch die Maurer wegen Mangel an Material in Mitleidenschaft gezogen. Von unserer Zahlstelle sind hieran 21 Mann beteiligt, die aber schon bis auf 5 Mann wieder untergebracht sind. Zugang ist fernzuhalten.

Greven a. Ems. Am 1. Mai d. J. lief der im verlorenen Jahre abgeschlossene Vertrag ab. Um denselben zu verbessern, hatten wir den Unternehmern Forderungen unterbreitet und es kam dann auch am Donnerstag, den 25. April, zu Verhandlungen, in welcher eine Einigung erzielt wurde. Die 10 stündige Arbeitszeit bleibt bestehen und der Lohn steigt für Maurer von 38 auf 41 Pf. für die Stunde. Für Bauhilfsarbeiter war in dem alten Vertrag der Lohn nicht geregelt, weil dieselben zur Zeit des Abschlusses noch nicht organisiert waren. Inzwischen hatten sich die Bauhilfsarbeiter eines anderen besinn und kommen nun auch für sie Erfolge erzielt werden. Der Lohn schwankte zwischen 26—28 Pf. pro Stunde und wurde jetzt auf 21 Pf. festgelegt. Auch tritt für Schreiner und Zimmerer, welche dem christlichen Holzarbeiterverband angeschlossen sind, eine Lohnzehrung von 8 Pf. pro Stunde in Kraft. Bei den sonstigen Kollegen wurden auch Verbesserungen erzielt. So wurde früher für Landarbeit eine Zulage, welche der freien Vereinigung unterlag, gewährt, jetzt ist eine feste Zulage von 8 Pf. pro Stunde festgelegt, auch gilt der Weg als Arbeitszeit. Ein schöner Erfolg, unsere Grevener Kollegen werden sich dafür auch dankbar zeigen.

Bezirk Köln.

Godesberg a. Rh. Nachdem im Laufe des Frühjahrs mit den Bonner Arbeitgebern die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt worden waren, wurde an die hiesigen Arbeitgeber, welche nicht dem Bonner Arbeitgeberverband angehören, der Antrag auf Einführung des Bonner Vertrages gestellt. Die Arbeitgeber haben dem ihre Zustimmung gegeben, so daß also der Bonner Vertrag auch für Godesberg Gültigkeit hat. In einer am 16. April stattgefundenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung wurde der Vertrag einstimmig akzeptiert. Voller Muth führte sodann den Kollegen die Erfolge unseres Verbandes in Bonn und Umgegend in eingehender Weise vor Augen und forderte sie zu eifriger und energischer Agitation auf.

Düsseldorf, den 29. April. Die Lohnbewegung im Fliesenlegergewerbe hat durch einen Tarif, welcher bis zum 30. April abläuft, einen friedlichen Abschluß gefunden. Errungen wurde eine durchschnittliche zehnprozentige Erhöhung der Tariflöhne, Lohnzuschlag bei Überstunden und Sonntagsarbeit, Zulagen bei auswärtigen Arbeiten und noch sonstige nicht zu unterschätzende Verbesserungen. Die Arbeitszeit ist nunmehr auf 8 Stunden zu begrenzen. Die Tariflöhne für Leger sind auf 65—70 Pf. für Hilfsarbeiter bis zu 55 Pf. festgesetzt; als Nachtarif von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Somit kann die Sektion mit Genugtuung und Frieden die Arbeit hinnehmen. Man hätte bei dieser Bewegung noch viel leichteres Spiel gehabt, wenn nicht von der freien Vereinigung Sonderabmachungen bestanden hätten. Selbst Unternehmer haben bestätigt, daß diese Sondertarife, auch wenn es zum Streit gekommen wäre, zu diesen niederen Tarifziffern hätten weiterarbeiten müssen. In Nr. 16 der "Ewigkeit" bringt nun Genosse Windhof als Rattenfänger vom Klub der Harmlosen einen Artikel, welcher von Geschäftigkeiten und Verleumdungen, geradezu stroh. Hier sollen die christlichen Fliesenleger wieder einmal sich als Schleppenträger und Handlanger des Unternehmers, Speichelleiter und Kriecher, Verräter an den Interessen der organisierten Arbeiterschaft aufgespielt haben. Wir würden zu diesem ekelhaften Geschehnel keine Stellung genommen haben (wenn es kennzeichnet zur Gemüte seine Hintermänner), wenn nicht allzusehr mit der Wahrheit Schindluden getrieben worden wäre. Genosse Windhof, welcher allen organisierten Arbeitern Düsseldorf (außer der freien Vereinigung) feindselig den Schleifstein dreht, wollen wir bei seiner Arbeit etwas stören und ihm die Maske lästern. In seinem Artikel führt er an, die christliche Fliesenlegersektion sei auf Betreiben und mit Unterstützung der Unternehmer gegründet. Es muß das Gegenteil festgestellt werden: nicht die Unternehmer, sondern das demoralisierte und verächtliche Treiben der Geschäftigkeiten für Unternehmerlieblinge ist wohl anzusehen, daß der Vorzüglich in seinem Geschäft mehr Eingang finden kann, trotzdem er früher 16 und mehr Jahre bei einer Firma beschäftigt war. In der am 18. Dezember vorigen Jahres einberufenen öffentlichen Versammlung feststeht der freien Vereinigung, wozu unsere Sektion eingeladen war, sollte Stellung genommen werden zum neuen Tarif für 1907. Genosse Windhof hält eine Agitationrede, schwärmt leicht über die Christlichen, und anstatt wütlicher Vorläufe verlor er eine mitgebrachte Broschüre von Haniel, Marg und Basalle. Denn natürlich erinnerten unsere Kollegen darüber, daß es zugunsten der Geschäftigkeiten unseres Kollegen Sprenger war, der geschilderten

wurde. Bei späteren Lohnkommissionssitzungen lehnte man ab, ein Protokollbuch zu führen, ebenfalls die Unwesenheit unseres Volkbeamten, ebenfalls mit der Absicht, die alten Fleischleger umso besser übers Ohr hauen zu können. Hervorgehoben muß werden, daß der von der Kommission ausgearbeitete Tarif bei Mitgliederversammlungen unterbreitet und zur Annahme empfohlen werden sollte. Genosse Windhof in denselben Hals über Kopf durch schnelles Ablesen vor einer öffentlichen Versammlung genehmigt, trocken selbst in seinen eigenen Reihen Widerspruch erhoben wurde. Einige Umständungen unsererseits beantwortete man als ein feiges Material vor den Unternehmern. Es wird in dem Artikel weiter gesagt, die Proklamierung des Streiks sei durch den Rückzug nach der zweiten Unterhandlung von den christlichen illusorisch gemacht worden. Wahrlich ein Lob, welches uns alle Ehre machen wird mit den Interessen der Arbeiter so unsagbar leichtfertig umgegangen wird, wie es hier geschehen sein sollte. Genosse Windhof fragte nach der zweiten Unterhandlung am 28. März bei den Unternehmern an, wie sie sich zu der Erhöhung des Stundlohnes stellten. Die Unternehmer Wolf und Mohr erklärten: warten Sie doch ab bis zur nächsten Sitzung, und lassen Sie uns Punkt für Punkt vornehmen. Auf weiteren Drängen erklärte nun Compes, ich werde mehr zahlen, und wenn wir so weiterschreiten, könnten wir auch zur Einigung mit diesem Resultat gut einstimmen. Möglicherweise erschien unerwartet am Ostersontag die Genossen bei unserem Barrikadenkämpfer, Koll. Schiller, um ihn zu bewegen, eine Besondere Aktivität einzuleiten zu helfen, welche dahin ging, Dienstag nach Osterm die Arbeit niedergulegen, um so die Erhöhung des Stundlohnes durchzusehen. Das ist Genossenschaft! Auf ein solches Manöver fanden sich die Kollegen nicht ein. Daher die Wut und das Flügelgeschlagen der Genossen. Wenn Genosse Windhof sagt, die Wahrschau seiner Mitglieder hätten Osterdienstag in den Streik treten wollen, so ist das ebenfalls eine Unwahrheit, da nach näherer Information festgestellt ist, daß keine Mehrheit ohne terroristische Reulenschläge Zustande gekommen wäre. Genosse Windhof, wo ist nun der Unfall? Wo ist der Betrat? Wo ist das hinterlistige Treiben? Festgestellt wurde in den Beratungen, daß mehrere Genossen tatkräftig und unter den Preisen des letzten Vertrages gearbeitet haben. Ja, sogar kurz vor der Bewegung haben Genossen bei der Firma Bock u. Co. den Neubau Steinhof unter Preis übernommen und ausgeführt. Genosse Windhof, man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashäuse sitzt. Unseren Kollegen möchten wir aber empfehlen, sich eine Lehre daraus zu ziehen und den Genossen mehr auf die Finger zu sehen. — (Amm. d. Red.) Sich mit dem Genossen Windhof zu befassen, ist ihm eigentlich zu viel Ehre angetan, derselbe ist auch in Düsseldorf hinlänglich bekannt. Und die „Einigkeitsmenschen“? Eine größere Schwärmeidiose haben wir noch nicht kennen gelernt. Das eine verstecken sie meisterlich, sie reisen das Land immer weiter auf, als sie Geld haben. Das betreiben sie zurzeit auch meisterlich in Berlin. Sie trösten hier den Radikal, so sie haben es

annehmen, die Centralisten würden es nicht zum Kampfe wünschen lassen, und könnten sie daher sehr „billig“ sich als den dahein Arbeitervertreter ausspielen und gute Geschäfte machen. Die Art und Weise, wie diese Anarcho-Sozialisten mit Arbeitervertretern umspringen, das grenzt nahezu an verbrecherliche. Sämtliche Arbeitervorganisationen sollten hier gemeinschaftlich vorgehen, um das arbeiterschädigende Treiben dieser Elemente illusorisch zu machen.

Borsdorf, den 27. April. Ein eigenartliches Verhalten legen die hiesigen Bauunternehmer an den Tag. Im vorigen Jahre gelang es den Kollegen, die fast alle in unserem Verbande organisiert waren, mit den alten willen Verhältnissen und Lassenlönen zu brechen und ein regelrechtes Verhältnis zu schaffen. Hierdurch wurden die Arbeitsbedingungen günstiger gestellt als im nahen Barmen-Eversfeld. Schon im vorigen Jahre erklärten die Unternehmer, falls in Barmen-Eversfeld außerordentliche Arbeitsbedingungen festgelegt würden, sie ebenfalls nicht umhin könnten, dieselben auch in Borsdorf einzuführen. Noch im Herbst vorigen Jahres wurde der Lohnkommission zu verstehen gegeben, daß sie die Barmen-Eversfelder Bestimmungen eingehen würden. Mittlerweile ist die Stimmung umgeschlagen. Viele von den alten Mitgliedern sind nicht zurückgekommen, an dessen Stelle haben sich unorganisierte und auch ellige Aflordträger eingenistet. Die Unternehmer glauben daher, getretert zu sein und mit einigen Pferdingen billiger durchzukommen zu können. Sie wollen die Vergünstigung haben, 4 Pf. weniger wie in Barmen bezahlen zu dürfen, wollen Überstunden ohne Aufschlag machen lassen, ebenso Aflordkolonnen großziehen usw. usw. Da auch die sozialdemokratischen Führer die Unzufriedenheit unter den Bauhandwerkern durch Ausspielen von Bürgen, Verleumdungen und Hegen schufen, verstärken sie damit die Unternehmer in ihrem ablehnenden Verhalten. Am 27. April stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, den Unternehmern mitzuteilen, daß die Kollegen an dem eingetragenen Arbeitsvertrag festhalten. Es wurde ferner beschlossen, eine Statistik aufzunehmen, um festzustellen, wie die Verhältnisse zurzeit stehen; desgleichen soll eine energische Agitation unter den Unorganisierten einsetzen, mit der Forderung einen anderen Arbeitgeber zu verschaffen.

Zeugdorf. In unsere Wahlstelle ist wieder neues Leben eingeflößt. Durch das stete Drängen des Verbandes ist nunmehr eine Lohnerhöhung von 3 bis 4 Pf. erzielt worden. Am 25. Februar versammelte sich der Vorstand zur Sitzung, welche am 1. April in Kraft getreten ist. Es wurde festgestellt, daß der tatsächlichige Lohn nicht von allen Unternehmern bezahlt wird. Es wurde sehr kritisiert, daß der Arbeitgeberverband ohne Wissen der Lohnkommission hemm gebrochenen Tarifverträge eine sogenannte „Arbeitsordnung“ als Anhang beigefügt hat, die Kollegen wurden darüber aufgeklärt, daß die „Arbeitsordnung“ einseitig vom Arbeitgeberverband herausgegeben wurde und daß die Lohnkommission mit derselben nichts gemein hat. Ein fruchtiges Ränkespiel treibt der sozialdemokratische Arbeitgeberverband. Die Herren haben seit 1904 für die Aufbesserung der Männer von Zella und Umgegend zu kämpfen gehabt. Schon über die Erfolge des Betriebsverbandes bestürzter Bauhandarbeiter und Bauhilfsarbeiter feiert ihr Sieger eine Gruppen. Ansicht jetzt gemeinsam mit dem christlichen Betriebsrat.

sozialem Recht einzutreten, daß der Tarif nun auch bei kontinuierlichen Unternehmenswechseln durchgeführt wird, gehen die Herren, mit dem Recht — Richtig an der Spalte, dazu über, die Arbeiter untergeordnet einzuführen. Man läuft von Haus zu Haus und fordert, daß den Rechten dort, dort das gesetzliche Rechtstand habe die von den Unternehmern einseitig herausgegebene „Arbeitsordnung“ verzerrt. Das kostet Beamterkosten auf, jedoch gilt Gewisse Richtigkeit, dass sie von den Geschöffen zu halten haben. Die Kollegen von Hause sind umgekehrt darüber, daß die Wahlarbeitsarbeit der Geschöffen nicht gefallen lassen, sondern sich bemüht haben, daß was durch die vollständige Gleichheit Erfolge gegeben sind und der abgeschlossene Tarif auch bei kontinuierlichen Unternehmenswechseln zur Ausführung und Anerkennung kommen soll. Es darf daher nicht fehlen geprüft werden, bis der Tarif ausgetragen und bestätigt worden ist, ob es diesen

— auf Vorphilosophie und die Kritik des Logos. Diese Vorphilosophie des Arbeitfeldes erkennt das Geschichtswissen in einer Orientierungsumstaltung verloren: „Die Geschichtswissenschaften sind private Absonderungen, die durch den Menschen verdeckt werden müssen, und in ihnen absonderliche Formen verschwunden.“

Audernach, den 5. Mai 1907. Nachdem die Ablösung abgelaufen ist, stehen wir nunmehr im Kampfe um das Sozialstaatrecht und Verbesserung unserer Verhältnisse. Für Audernach bereitet sich eine gute Konjunktur vor, bis jedoch im nächsten Jahre erst eintreten wird. Um dieselbe für sich möglichst vorteilhaft ausnützen zu können, gründeten die Unternehmer einen Arbeitgeberverband. Hochst ungemein war es den Herren, als sie erfuhrten, daß ihre Arbeiter ihre traurige Lage eingesehen und sich im Centralverband zusammengeschlossen und Bauhilfsarbeiter organisiert hatten. In Erwartung, daß nunmehr die Bauarbeiter eine gerechte Entlohnung, Einführung des Stundlohnnes sowie die zehnstündige Arbeitszeit erstreben würden, berieten die Herren, auf welche Weise die Christl. Vereinigung zu vernichten sei. Am geheiligten Mat wurde beschlossen, sämtlichen christlichen Organisationen zu kündigen. Die sozialdemokratischen Organisierten durften weiterarbeiten. Durch diesen Schiedsgericht glaubten die Herren Glück zu haben. Im Geiste sahen sie schon, wie die Maurer und Bauhilfsarbeiter mit hübischer Ergebenheit sich an ihren Herrn schmiegen und stehen würden, doch die Kündigung zurückzunehmen. Sie sahen, wie die Maurer und Hilfsarbeiter aus der christlichen Organisation austreten, um das alte Volk weiter beizubehalten. Wer v Schrecken, daß Gegenstall erreichten die Herren durch ihre Brutalität. Die Arbeiter zeigten sich nicht wie feige Memmen, sondern beschlossen, den Herren als Antwort eine Lohnforderung auszuschildern. Als sich während der Kündigungszeit herausstellte, daß es keine Abtrünnigen gab, wollten die Herren die Kündigung zurücknehmen, erklärten sich bereit, 10½ stündige Arbeitszeit einzuführen, vom nächsten Jahre sodann die zehnstündige, auch sollten die Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten vergütet werden. Eine Erhöhung des Lohnes sollte jedoch nicht erfolten. Eine Verhandlung, die der Vorstande des Arbeitgeberverbandes, Herr Manb, auf Vorschlag unseres Bezirksleiters lange für zweckmäßig hielt, die sogar auf Wunsch vergrößert wurde, erklärten die Gegner andern Tages für zwecklos, da die Arbeitgeber sich einig waren, weder eine Lohnerhöhung einzutreten zu lassen, noch den Stundlohn einzuführen. Auch verrieten die Herren, daß sie glaubten, durch den Kampf könne die Organisation zerstört werden. Die Kollegen haben sich auf einen langen Kampf vorbereitet und demgemäß, mit Ausnahme einiger, die zur Durchführung bei Streiss notwendig sind, anderweitig Arbeit angenommen. Wenn keiner zum Vertrater wird, aus Rot braucht das keiner, dann ist der Sieg unserer

Walheim, den 3. Mai 1907. Am 30. April ließ unser im 3. abgeschlossenes Vertragsverhältnis ab. Mit Ausnahme einiger unbesetzter Punkte sollte das Vertragsverhältnis für das laufende Jahr erneuert werden. Als der Direktor im verangenen Jahre den Vertrag abgeschlossen hatte, wurde er seitens des Arbeitgeberverbandes statt angefeindet. Zumal, als die Steinarbeiter in Corneliusmünster und Breitig-Wilsbach durch ihre Uneinigkeit und das verräderische Verhalten ehrigst es nicht zum Vertragsabschluß brachten. In diesem Jahre erklärte nun der Direktor Gerlach, eine schriftliche Erklärung nicht abzugeben zu können. Es kam daher am 2. Mai zur Arbeitsaufstellung. Die alte bewährte Einigkeit bewies sich auch dieses Mal. Als der Bürgermeister Eßer bot der Arbeitsaufstellung zu führen, bewußte er sich wiederum eine Einigung herbeizuhelfen. Der Direktor gab in Gegenwart des Bürgermeisters im Arbeitersaal im Rahmen der Rama das ehrenwörtliche Versprechen, daß das alte bestehende Verhältnis für ein Jahr weiter bestehen solle. Der Bürgermeister erklärte, er wolle sich noch zum Vorliegenden des Aussichtsrates nach Neukirchen ab diesem das Verhältnis abnehmen. Nach Lage der Sache schien es die Wahrung der Kollegen für die Wiederaufnahme der Arbeit. Es dürfte für die Kollegen diese Form der Erklärung von größerem Vorteil sein, als die Unterschrift, im Falle es bei der Finanzierung und Durchführung des Vertrages zu größeren Differenzen kommt, der Bürgermeister wissentlich als Obmann eingreifen kann. Die Durchführung vertraglichen Bestimmungen liegt immer bei den Kollegen selbst. Nur durch volle Einigkeit kann dieses Ziel erreicht werden. Angehöriges des Aussichtsrates tun die Kollegen gut, wenn mit dafür sorgen, daß alle Arbeiter im Nogener Steinbruch organisiert werden.

Emmerich, 4. Mai. Die hiesigen Maurer sind jetzt vier Wochen ausgesperrt, und versuchen die Unternehmer alle Mittel, die Organisation zu vernichten. Im Laufe des Frühjahrs carisierten sich die hiesigen Kollegen und reichten den Unternehmer, da die dahin der Höchstlohn für Maurer und Zimmerer 32 Pf. und für Bauhilfsarbeiter auf 26 Pf. stand, Vorde- lungen ein. Die Antwort des Unternehmer war: „Wir sind reigt in Zukunft den Lohn für Maurer, Zimmerer und Bau- arbeiter bis 6 Pf. pro Stunde zu erhöhen, jedoch müssen die Arbeiter verpflichtet, jeden Taglich von seiten der Or- ganisation zurückzustellen. Wer dieses nicht akzeptiert, dem in 14 Tagen geflindigt.“ Das lehnten die Kollegen selbst- ländlich ab, und erfolgte sodann die Ausschaltung. Die Unternehmer machen nun verzweifelte Anstrengungen, um Leute erhalten; bis jetzt vergebens. Nun werden wieder die Bau- arbeiter zu Mauern gemacht, aber auch dieses wird ihnen nichts nützen. Die ausgesperrten Kollegen haben sämtlich, bis einige, welche zum Kostenstehen notwendig sind, unbedingt erhalten. Auch wurde ein Streikunter, der Kollege um aus Breitenberg in Holland, zu 10 Jahr Geldstrafe ver- urteil, und dies benutzte die Behörde schleunigst, um ihn aus- eisen. Bei uns ist es nun einmal so: Ausländerthe- eiletreter können sich im Deutschen Reich unbefehlert be- en, welche Ihnen über, wenn sie es wagen, sich volksschrift- baren deutschen Arbeitern zu erläutern, dann ist es mit ihrer Freiheit vorbei. Gegen den Ausweisungsbefehl ist Beschwerde eingelegt. Alle die ehemaliger Unternehmer werden erscheinen, das sie die Organisation nicht unterstützen, sondern mit ihr absinnen wollen müssen, da helfen alle Mittel nichts, mit den billigen Arbeitskräften kann es ein für alle Mal sein.

In M. Gladbach wurde ein Vertrag abgeschlossen dadurch die angedrohte Aussperrung vermieden. Der zu stand früher auf 46 Pf., die Kollegen erhalten jetzt Pf. (Maurer), 40 Pf. (Bauhilfsarbeiter); vom 1. Oktober ab 51 Pf. (Maurer), 41 Pf. (Bauhilfsarbeiter). Außerdem sind noch andere Verbesserungen im Vertrag gelegt, so die Fahrt- und Zeitvergütung für auswärtige eiten usw. Der Vertrag gilt bis April 1908 für M. Gladbach Stadt, Land und Neuwerk. Es wird jetzt an Kollegen von Rheindorf und Viersen liegen, ebenfalls zu sorgen, dass sie diese Verbesserungen erhalten. In Zwickel werden die Kollegen mit Erneuerungen

In Groß, Kiel und Flensburg ist die richtige Zeit
nicht gekommen, und müssen sich die Kommunen daher
nur noch gedulden.

beider Parteien kam es zu einem Tarifabschluß, welcher 1.
31. März 1908 Gültigkeit hat; der Lohn beträgt darnach
die Stunde in der Stadt, 41 Pfsg. Bei über 5 Kilometer au-
ßer Stadtgrenze und eine 10½ stündige Arbeitszeit anst-
11 stündigen. Endlich sind auch hier die Kollegen zu der
gekommen, daß es nur durch strenge Organisation möglich
dieses zu erreichen. Eins aber muß mit Bedauern fe-
werden, daß die Zimmerer sich so schwach an der Sache inter-
und dachten, durch ihre Drückerei so dummkopf zu einem Zu-
gelangen; die Maurer sollten die Raststätten für sie aus be-
holen. Es ist nun so gekommen, daß sie in dem neuen Vertr.
Verlängerung gefunden haben. Sie können jetzt im E-
weitermuthen und ihren Führern folgen. Dieses mög-
Zimmerern der Provinz Posen zur Kenntnis blieben. In W.
haben die Zimmerer drei Jahre Zeit gehabt, sich dem Ver-
anschließen, aber sie tun es nicht und jetzt müssen
Konsequenzen tragen; deshalb raten wir allen Zimmerer-
mehr wie bisher dem Verbande anzuschließen, um gemeinsam
den Maurern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln.

Beitrag Nordhessen.

Görkheim. Am 19. April reichten die hiesigen Bau-
arbeiter und Bauhilfsarbeiter zusammen mit den „freien“
Lohnforderung ein. Die Arbeitgeber erklärten jedoch scha-
plich sie auf keinen Tarifvertrag eingingen, auch nicht mit
Verbandsvertretern unterhandeln würden, den Lohn be-
für Maurer und Hilfsarbeiter wollten sie um 4 Pf. pro St.
 erhöhen. Das Angebot bezüglich des Lohnes wurde von
Gesammlung angenommen, die tarifliche Festlegung blieb
weiteres verschoben. Beitragsleiter Sommer ermahnte die
Bauarbeiter, treu zum Verband zu halten, denn nur dadurch
wurde möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu
erreichen. Beschllossen wurde, in nächster Zeit an alle für die hiesigen
Arbeitsarbeiter andere Arbeitsverhältnisse zu schaffen,
geschlossen sich sofort weitere Gehaltskollegen an und nun
der Kollegen aus der Gegend von Görkheim, hinein in
die gesetzlichen Zentralverbund der Bauarbeiter und Bau-
arbeiter, dann wird es uns auch gelingen, in kurzer
Zeit weitere Fortschritte zu machen.

Bezirk Nordbayern.

Gorxheim. Am 19. April reichten die hiesigen Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter zusammen mit den „freien“ Lohnforderung ein. Die Arbeitgeber erklärten jedoch schriftlich, sie auf keinen Tarifvertrag eingingen, auch nicht mit den Verbandsvertretern unterhandeln würden, den Lohn der Maurer und Hilfsarbeiter wollten sie um 4 Pf. pro Stunde erhöhen. Das Angebot bezüglich des Lohnes wurde von der Versammlung angenommen, die tarifliche Festlegung blieb weiteres verschoben. Bezirkssleiter Sommer ermahnte die Bauten, treu zum Verband zu halten, denn nur dadurch sei es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten. Beschllossen wurde, in nächster Zeit an alle für die Betonarbeiter anders Arbeitsverhältnisse zu schaffen, geschlossen sich sofort weitere zehn Kollegen an. Und nun erholten sich die Kollegen aus der Gegend von Gorxheim, hinein in das politische Zentralverbund der Bauhandwerker und Bauarbeiter, dann wird es uns auch gelingen, in Kurzer und weiterer Fortschritte zu machen.

Geist Südbayern.

Donaustauf. Als vor zwei Jahren hiesigenorts eine
altungsstelle unseres Verbandes gegründet wurde, glaubt
eigie Unternehmer, dieselbe dadurch im Steine zu er-
bem er die Vorstandsmitglieder maßregelte. Dadurch
war erreicht, daß es anfangs nur langsam vorwärts
in deswegs kontie aber der Gewerkschaftsgebende ausget-
erben. Besonders war es der vergangene Winter, w
einen erfreulichen Mitgliederzuwachs brachte. Somit
wir in der zweiten Hälfte März dazu übergehen,
unternehmern eine Forderung zu unterbreiten. Nach
indigen Verhandlungen wurde am 10. April ein bis 1.
09 gültiger Vertrag geschlossen. Festgelegt wurde die
indige Arbeitszeit, ab 1. Juli 1908 9½ stündige Arbeit
z zehnstündiger Lohnzahlung. Bisher war zehnstündige vr
ist. Der Minimallohn beträgt für Maurer, Zimmerer
auschreiner bis 31. Mai 1907 38 Pfpg., bis 31. März
Pfpg., bis 1. Juli 1908 40 Pfpg. Überstunden werden
Proz., Nacharbeit mit 50 Proz. Sonn- und gesetzliche
arbeitszeit mit 100 Proz. Lohngutschlag bezahlt. Bei
arbeiten beträgt der tägliche Gutschlag 30 Pfpg.; ist ke
chten notwendig, so beträgt dieselbe täglich mindestens 11
4 Pfpg. Ist freie Zeit- und Rückfahrt täglich beigez. wochen
gewährt. Bei Maurer, Feuerungs- und Wasseraufz.
ein Gutschlag von 20 Pfpg. pro Stunde zu bezahlen.
arbeiten von über 20 m Höhe wird ein Gutschlag
Pfpg. pro Stunde bezahlt. Ebenso würden noch weitere
e Verbesserungen tariflich festgelegt. Es ist dies ein
t 6—8 Pfpg. pro Stunde für einen Maurer oder Zimmer
Erding. Anfangs März wurde hier eine Zahlstelle
endet. Dieselbe entwickelte sich verhältnismäßig gut. Die
Löhne ziemlich niedrig und sehr ungleich sind, stieg
te April dazu über, einen schriftlichen pflichten Minima
zulegen. Vergangene Woche wurde ein vom 29. April
1. Mai 1909 gültigen Tarifvertrag geschlossen. Die
e Arbeitszeit ist eine zehnstündige. Der Minimallohn
ist für einen Maurer 38 Pfpg. Überstunden werden
Pfpg. Gutschlag pro Stunde, Nacharbeit mit 50 Proz. Ein
gesetzliche Feiertagsarbeit mit 75 Proz. Lohngutschlag
ist. Bei Feuerungs- und Wasseraufz. ist ein Zulage
10 Pfpg. pro Stunde zu bezahlen. Bei Rohbauarbeiten bei
Stundenlohn 48 Pf. pro Stunde. Bei Überlandarbeiten
trägt der tägliche Gutschlag 50 Pfpg., bei weiteren Entfer
nungen) beträgt dieselbe 1 Mt. pro Tag. Ebenso würden
einfachlichen Punkte tariflich festgelegt. Der Lohn für
einen Maurer 30—38 Pfpg. Kreativität nicht
gelungen, füll die Bauhilfsarbeiter eine Lohnverhöhung
beizuführen, wenn der sozialdemokratische Gewerbetag
mit seinem Standesdienst hätte betreibaren können,
selben auch einzutreten. — Solle gegen von Erding, hier
den bestützten Beweis, daß man auf sozialdemokrat
ische dem unglaublichesten Rassismus baldigt, welchen
den Führern propagiert wird und die sonderbarsten Ge
sche. Dagegen findet bei unserer Organisation eine gla
lige Berufsermächtigung aller Berufsgruppen bei Bauteile
Deshalb hinein in unseren Verband, nicht infere uns
en mit dem eingerissenen Aufzugeist, sagt sie Gouver

Auf die wirtschaftliche Lage

Lohnarbeiter im vergessenen Jahre werfen die
jenen Jahresberichte der preußischen Gewerbe-
beamten für das Jahr 1906 einige bemerkens-
werte Lücke. Fast übereinstimmend stellen sie fest,
dass alle Industriezweige mit kaum merkbaren
Ausnahmen eine zum Teil außerordentlich günstige Ent-
wicklung genommen haben, daß es dementsprechend
die Arbeitsgelegenheit nicht fehlte und infolge der günsti-
gen Taktur auch die Arbeitslöhne, teils freiwillig
unterzeichnet, teils unter dem Druck der Organi-
sation eine Erhöhung erfahren haben. Sie muß
auf der anderen Seite zugeben, daß trotz aller
Vergangenheit noch den verschiedensten Richtungen hin
möglich machenden Entwicklung eine wesentliche Besserung
der wirtschaftlichen Lage der Arbeitervölkerung nicht
gelungen ist, weil die Lohnnerhöhungen eben durch bis-
herigen Preisse für Lebensmittel und Wohnungsmittel
weitgemacht wurden. Dafür einige Belege
mitteilungen des Beamten selbst! „Die Lohn-
erhöhte haben im Berichtsjahr in dem meisten Industrie-
zweigen eine nach merkbare Steigerung erfahren,
die nicht überall genügt haben wird, die Mehraus-
gabe bei steigenden Preisen bei Wohnungen und Se-
lfutzesse aufzuholen.“ so berichtet der Staatsrat für
Berlin, „Die wirtschaftliche Lage der Ar-
beitervölkerung muss infolge der in den letzten Jahren in
den Industriezweigen eintretenden Lohnsteigerungen

ausgegliichen wurden," bemerkte der Beamte für den Bezirk Hammern. „Die Löhne der Arbeiter haben infolge des guten Geschäftsganges in den meisten Industriezweigen eine kleine Steigerung erfahren. Die gesamte Arbeiterbevölkerung hatte reichlich Arbeitsgelegenheit. Die Lebensmittelpreise verharrten jedoch fast das ganze Jahr hindurch auf einer beträchtlichen Höhe, so daß die Lebenshaltung gegenüber dem Vorjahr keine wesentliche Steigerung aufweisen konnte," schreibt der Beamte für den Bezirk Erfurt. „Wie jenseits, so auch diesseits der Elbe! — „Die schon im vorigen Jahre einzogene Steigerung der Löhne hat in fast allen wichtigeren Industriezweigen weitere Fortschritte gemacht. Das dabei die allgemeine wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung eine nennenswerte Verbesserung erfahren hat, ist gegenüber der anhaltenden Preissteigerung fast aller Lebensbedürfnisse nicht wahrscheinlich," führt der Beamte für Münster aus. „Der Dienst der Arbeiter war der günstigen Lage der Industrie entsprechend; er wurde aber meist durch die erhöhten Kosten für die Lebenshaltung weit gemacht," heißt es im Berichte für Münster. „Zu bebauen bleibt, daß die Teuerung fast sämtlicher Lebensmittel die Arbeiterschaft nicht zum vollen Genuss der ergänzten Lohnsteigerungen hat kommen lassen," so ist im Berichte für Düsseldorf zu lesen, und der Beamte für Köln verzeichnet zwar Lohnsteigerungen, speziell in der Eisenindustrie, fügt dann aber hinzu: „Diese Lohnverhöhung hat überall mit der verteuerten Lebenshaltung der Arbeiter gleichen Schritt gehalten." Man wird gut tun, diese amtlichen Urteile der Beamten sich aufzuhören, die den engen Zusammenhang zwischen Teuerung und Lohnbewegungen des letzten Jahres deutlich erkennen lassen.

Der Schutz der Arbeitswilligen.

Mit dem Erstarren der Gewerkschaftsbewegung und den sich mehrenden Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, mehrten sich auch die Stimmen in den Kreisen der Scharfmacher, die größeren Schutz für die Arbeitswilligen verlangten. Bei der Staatsdebatte im Reichstag war es der Abgeordnete Windler, der die Wünsche von Buel, Reimann und Konsorten der Regierung vortrug. Es muß berücksichtigt werden, daß unsere Scharfmacher die Hintertritte zu den Ministerien nicht zu suchen brauchen und ihr Einfluß auf die Regierung kein geringer ist. Seit Jahren sind diese Herren an der Arbeit und warten nur den Moment ab, um mit einer Buchansprache Erfolg zu haben. Jede Kleinigkeit im Streit wird sensationell von der Scharfmacherspresse ausgeschlachtet, und die Schlägigkeit der Parteidokumente in der deutschen Arbeitgeberzeitung sind gewöhnlich an die Regierung gerichtet: Wie lange wollt ihr noch warten mit einer neuen Vorlage, damit die Arbeitersorganisationen aus der Welt geschafft werden? Die Scharfmacher machen sich nachgerade doch lächerlich mit der Vorberührung nach besseren Arbeitswilligenschutz, denn alle Welt weiß doch, daß es sich nur um Unternehmerschutz im wahrsten Sinne des Wortes handelt. Denn Arbeitswillige bedeuten für sie doch nur diejenigen Kräfte, welche zur Erhaltung des Herrndunkelnotwendig sind. Werden denn nun die Arbeitswilligen, die den Unternehmer im Kampfe zur Seite stehen, von dem Gesetzgeber nicht genügend geschützt, so daß zum Klagen Veranlassung da wäre?

Die gewerkschaftlichen Organisationen sind eine notwendige Folge des festen Arbeitsvertrages. Wer sich allein überlassene Arbeiter ist nicht imstande, als gleichberechtigter Kontrahent beim Abschluß des Arbeitsvertrags sich dessen Vorteile gegenüber dem Unternehmer auszunutzen zu können. Jeder, der sich von egoistischen Vorurteilen frei gemacht hat, wird die Notwendigkeit der Gewerkschaften und daher das Recht des Arbeiters sich zu organisieren anerkennen müssen. Nun ist es in Deutschland noch längst nicht jedem Arbeiter gestattet, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Nur die gewerblichen Arbeiter dürfen sich organisieren, während Landarbeiter, Gesinde, Schiffsschmiede usw. dieses Recht nicht haben. Schon das ist eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn z. B. die Junfer des Jahr in Berlin im Circus Busch ihre Generalversammlung abhalten, die allerschärfsten Löhne dort anstreben, während der Landarbeiter mit Gefängnis bestraft wird, falls er dasselbe tut. Abgesehen davon, daß in Deutschland Millionen Arbeiter in dieser Beziehung entrichtet sind, ist auch für die gewerblichen Arbeiter das Koalitionsrecht durch allerlei Strafbestimmungen eingeschränkt. Für die um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfende Arbeiterschaft hat der Gesetzgeber zunächst einen besonderen Paragraphen geschaffen, der den Schutz der Arbeitswilligen bezweckt, und zwar darf § 153 der Ge-

setzgebung lautet: „Wer andere durch Unwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Überlegung oder durch Verzweiflung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen oder ihnen folge zu leisten oder wer andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen abzuweichen, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetze eine härtere Strafe eintritt.“

Dieser Paragraph ist ein Ausnahmegericht gegen die gewerblichen Arbeiter, denen das Koalitionsrecht eingeräumt ist. Es ist nicht notwendig, auf die vielen Urteile einzugehen, die schon im Laufe der Jahre gefallen sind; denn ja, bei jedem Streit fordert der Paragraph 153 seine Rache. Gegen die Unternehmer, die keinesfalls Engel sind, und die Scharfmachers nicht angehören, Gerüchte gerichten nur Grund des § 158 gegen die Arbeiter gefällt werden. Da kann die Meinung auskommen, die Richter erholten in dem Angeklagten „Streikläuden“ nicht einen umsonstes Schuh und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter, sondern einen verbrecherisch gemeinten Arbeiter. Das mag auch sein, und auf die Dauer ist der Erfolg ungünstig, die immer wieder nur die lokale Unterwerfung bringt.

Wort „Streikläuden“ ist eine Beleidigung und wird mit Gefängnis bestraft. Das Oberlandesgericht Leipzig hatte als Revisionsinstanz gegen zwei wegen Beleidigung verklagte Streikposten zu entscheiden, ob der Begriff „Streikläuden“ eine Beleidigung sei. Die Angeklagten hatten in der Revision gestellt gemacht, der Tatbestand gäbe nicht zu einer Verurteilung auf Grund des § 155 wegen Beleidigung, denn das Wort „Streikläuden“ sei nur ein technischer Ausdruck der Arbeiterschaft bei Lohnkämpfen und bedeute nur das Gegenteil von Streikläuden. Es schließt also bei Verwertung des Wortes entschieden das Bewußtsein der subjektiven Beleidigung. Das Oberlandesgericht verwies jedoch die Revision kostenpflichtig und erklärte: Das subjektive Erfordernis der Beleidigung sei klar festgestellt, indem der Ausdruck mit beleidigender Absicht angewendet worden ist. Auch in objektiver Beziehung gebe die Revision von falschen Anschauungen aus. Streikläuden sei kein technischer Ausdruck; man verstehe darunter nicht nur einen Nichtstreikenden, sondern eine Person, die in treuloser, unamerikalistischer Gesinnung den Bestrebungen der Streikenden entgegenarbeitet. (Soziale Praxis, 7. 2. 1907.)

Würde ein Streikläuder die Streikläuden so charakterisiert haben, es wäre sicher mit Gefängnis bestraft. In Halle a. S. wurden die Stukkateure zu 10, 20 und 30 Pf. Geldstrafe verurteilt, weil sie Arbeitswillige „Nichtstreicher“ genannt hatten. (Soziale Praxis, 18. 8. 1908.)

Nun ist dem § 153 der Gewerbeordnung wird noch der Expressionsparagraph 258 und der grobe Unfugparagraph 360 des Strafgesetzbuches gegen die Gewerkschaften angeladen. Expressions liegt nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts vor, wenn z. B. Arbeiter höheren Lohnfordern über die Wiederherstellung eines entlassenen Kollegen verlangen, währendfalls sie die Arbeit einstellen würden. Was unter grober Unfug nicht alles von den Ge-

richten verstanden wird, läßt sich überhaupt nicht begreifen, dieer Paragraph ist dehnbar wie Raufschule. Nicht unerwähnt seien die vielen Polizeiverordnungen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gegeben werden.

Bei manchem Streit hat man das Gefühl, wenn man die Polizeiverordnungen und ihre Durchführung betrachtet, als setzt diese nicht von unparteiischen Behörden, sondern von den Unternehmern selbst gegeben. Wie oft wurde der Streikposten von der Polizei verjagt oder jedes Streikposten steht überhaupt verboten, trotzdem nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts Streikpostenleben erlaubt ist? Es ist geradezu ein Skandal, wenn die Unternehmer auf der einen Seite am Bahnhof Streikposten stehen und die Arbeitswilligen erwarten und ihnen von der Polizei nicht nur nichts gesagt, sondern noch mitgeholfen wird, das Ziel zu erreichen. Gagegen der Arbeiter, der ausgesperrt ist, wird mit noch der Wache genommen, wenn er nicht so tanzt, wie die Polizei möchte. Nun reden die Scharfmacher von Terrorismus, fragen wir, wer treibt mehr Terrorismus als die Scharfmacher selbst? Jeder Unternehmer, der nicht so will, wie sie, der wird durch Materialspuren usw. geflügigt gemacht. Dann terrorisieren die Unternehmer heute noch die Arbeiterschaft wahlweise, indem sie diese brotlos machen, wenn nur von einem Recht Gebrauch gemacht wird. Es ist an der Zeit, daß jedem Arbeiter klargemacht wird, wie unrecht er noch von der Gesetzgebung in dieser Weise behandelt wird. Dann noch mehr Schutz der Arbeitswilligen verlangen, d. h. die Erhöhung von neuem in der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Jeder Arbeiter organisiere sich, denn die Scharfmacher ruhen nicht, wenn auch heute für mehr Arbeitswilligenschutz im Reichstag keine Mehrheit vorhanden ist, ein tüchtiges Gegen gewicht ist notwendig. Es gilt dann, dem Bundesrat und dem Reichstag zuzurufen: „Nicht der Schutz der Arbeitswilligen ist notwendig, sondern schafft die organisierte Arbeiterschaft.“

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabend für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Der Kollege Heurich wohnt von jetzt an in Karlsruhe (Baden), Alzeyweg 91, Sekretariat für Baden, Württemberg und Elsaß-Lothringen.

Männer.

Georgs-Marien-Hilfe. Am Sonnabend, den 16. März, tagte hier eine öffentliche Versammlung des christlichen Bauhandwerkerverbandes zwangs Gründung einer Zahnstelle. Als Referent war Bezirksleiter Kollege Bumbrück (Münster) erschienen. Neben verstand es in 1½ stündigem Vortrage die Versammlung für die christlichen Gewerkschaftsinteressen zu gestimmen. Er hob zunächst hervor, daß es das natürliche Bedürfnis eines jeden Menschen sei, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, seine Arbeit immer fruchtbar zu gestalten und immer größeren Anteil an den Erfolgen der heutigen Kulturrevolution zu erlangen. Er betonte dann, daß auch andere Stände es nötig befinden haben, sich mit Gleichgesinnten in Berufsvereinigungen zusammenzuschließen zur Vertretung ihrer Interessen, unter welchen beispielweise das Kohlenhandwerk es in rücksichtsloser Weise verstanden habe, seinen Vorteil zu wahren. Als einzelne Arbeiter könne wir heute keineswegs unsere Interessen vertreten und die Arbeitsverhältnisse verbessern, sondern hierzu ist eine gut geschulte Arbeiterversammlung erforderlich. Er gab jedoch ein ausführliches Bild über die Gewerkschaftsbewegung überhaupt, sowie über die rasche Entwicklung des christlichen Bauhandwerkerverbandes; es sei dieses der beste Beweis, daß der christliche Verband die wahren Arbeitersinteressen mit vollen Kräften vertraten habe. Sein Vortrag lobte den Standort. Eine Anzahl Kollegen ließen sich aufnehmen; daraus wurde zur Gründung einer Zahnstelle übergegangen. Die erste Mitgliederversammlung fand am Sonntag, den 24. März, statt und war gut besucht. In den Vorstand wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Nikolaus Höfer, Kaiserstr. 9; als 2. Vorsitzender Bernhard Oberholz, Brunnendorf, 8 b; als 1. Schriftführer August Grauulla, Tegelstraße 5, ganztags. Grauulla wurde noch ein aus jenen Kollegen bestehendes Agitationsteam bestimmt, welches sich mit der Agitation unter den Studenten beschäftigt. Es steht noch ein großes Agitationsfeld herfür uns offen. Damit rückt der Vorstand noch den nächsten Schritt an die Wirklichkeit, treu und mühselig, in einem Mitgliedschaftsvertrag zu schließen, dort ihre Meinungen auszutauschen und auch nicht am getrennten ihre Pflichten gegen den Standort zu verantwirten. Wenn alle Kollegen in dieser Sammlung bestätigt werden, so wird die Arbeit der Zahnstelle bald beginnen, sobald der Vorstand die Verbindung aufgestellt.

Bottrop. Am Sonntag, den 21. April, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kassenbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Der Kassenbericht kam in Ergänzung des vorherigen Berichtes durch die Kasse, so daß die Kasse die Kasse des vorherigen Berichtes aufnahm und somit die Kasse des vorherigen Berichtes aufnahm. Wenn dies geschieht, ist letzteres dem Beamten sowieso unmöglich, so muß die Wirkung der einzelnen Mitglieder genau so vor sich gehen wie früher, oder sogar noch mehr, und zwar weil es durch das gegenseitige Hand-in-Hand-arbeiten erleichtert werden ist. Leider scheint es aber in Hagen so zu sein, daß die Kollegen glauben, sie brauchen jetzt gar nichts mehr zu tun, es kann jetzt alles von selbst; der Lokalbeamte ist ja jetzt nicht mehr hinzutun, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die Lust und Liebe an der so genug unbefriedeten Aussage vollständig vertreiben muß. Wenn dann noch hinzutut, daß Kollegen, welche früher oder später noch machen, das ist grundverkehrt und falsch. Auch in objektiver Beziehung gebe die Organisation von größtem Nachteil, wie es ja einem Beamten andererseits die

geworden sind, so ist noch bei eifriger Agitationarbeit zu verdanken, welche geleistet worden ist Kollege Möller erstattete den Rassenbericht, wonach eine Gesamteinnahme von 2183,66 Mark zu verzeichnen ist, der eine Ausgabe von 2105,62 Mr. gegenübersteht, so daß der Lohnsatzbestand für 1907 63,03 Mark beträgt. Nachdem der Bericht von den beiden Revisoren als für richtig befunden erklärte wurde, sprach der Vorsthende dem Kassierer für seine ordnungsmäßige Rassensführung im Namen der Versammlung den besten Dank aus, und wurde ihm Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Als erster Vorsthender Joseph Weber, als zweiter Johann Horne mann; als erster Kassierer Karl Möller, als zweiter Albert Stephan; als Schriftführer die Kollegen Peter Wessa und Jakob Meyer. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, mit ganzer Kraft für unsere gute Sache zu arbeiten.

Günden, 29. April. Auch in Günden ist eine Zahlstelle des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands gegründet worden. Schon im vorigen Frühjahr war hier der Anfang gemacht worden, doch hatten es die Genossen fertig gebracht, dieselbe nicht hoch kommen zu lassen. So wurde denn von neuem und mit frischen Mäute wieder an die Gründung gegangen. Zu diesem Zwecke fand am 9. April im Gasthof zum Weinberg eine Versammlung statt, in welcher von einigen Kollegen die Notwendigkeit der Organisation, die Gründung und günstige Entwicklung unseres Verbandes klargestellt wurde. Es wurde hierauf zur Gründung einer Zahlstelle für Günden geschritten. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt: Kollege Willi. Niesches, Belznerstraße 12, als erster Vorsthender; Kollege Jürgen Fritzen, Schützenmarkstr. 6, als Kassierer und Kollege Thodor Schmoor, Belznerstr. 12, als Schriftführer. — Am Sonntag, den 28. April, hatten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung, zu welcher unser Bezirksleiter, Kollege Humbert-Münster, erschienen war. In einem längeren Referat führte derselbe uns die Berechtigung und Notwendigkeit der christlichen Organisation vor Augen. Er zeigte uns ferner, wie die Genossen sehr oft gegen christliche Gewerbeschäfer vorgingen. Darum sei es die Pflicht aller noch christlich gebliebenen Arbeiter, sich der christlichen Organisation anzuschließen. Bauhandwerker und Bauarbeiter Gündens, hier ist es Pflicht eines jeden Kollegen, mitzuwirken an der Errichtung unserer Organisation. An uns selbst wird es liegen, ob wir von unseren Gegnern überwunden werden oder durch die Macht der Organisation wirtschaftliche Vorteile für uns erringen werden. Darum auf zu rascher Arbeit! Dann werden auch wir hier in Ostfriesland weiterkommen!

Dittrich i. S. Auch in Sachsen beginnt der Gedanke für die christlichen Gewerbeschäften sich Bahn zu brechen; dies zeigte eine am 24. März stattgefunden christliche Gewerbeversammlung, welche von Tertiärarbeitern und Bauhandwerkern zahlreich besucht war. Die Kollegen Müller und Scholz waren aus Görlitz zu dieser Versammlung erschienen, und hielt ersterer einen längeren Vortrag über die Notwendigkeit der Berufsorganisation; er zeigte besonders an den vielen Mißständen im Baugewerbe, wie notwendig der Zusammenschluß der Bauhandwerker ist, wenn es uns ernst ist mit der Verbesserung unserer Lebenslage, und da kann für christliche Arbeiter nur der Centralverband christlicher Bauhandwerker in Frage kommen. Der rechte Beifall und die Annahme von 16 Bauhandwerkern zeigte, daß die Worte auf fruchtbaren Boden gefallen waren. Es konnte somit eine Zahlstelle für Bauhandwerker gegründet und der Vorstand gewählt werden. So fand am 7. April die erste Mitgliederversammlung statt; nach Begrüßung der Gäste durch den Vorsthenden, soll Linie ertheilt werden dem Kollegen Müller aus Görlitz das Wort, welcher in einfühligen Worten den Anwältern die Ziele und Bestrebungen der christlichen Organisation zeigte, und konnte wiederum eine Annahme von elf Kollegen verzeichnet werden. Die Begeisterung in der Debatte zeigte, daß für Christ und Umgegend die Parole zu feiern ist: „jeder christlich denkende Bauhandwerker und Arbeiter nach Mitglied unserer Organisation werden.“ Die Versammlung nahm ferner noch Stellung zur Tariffrage und einigte man sich dahin, daß die inzwischen festgelegte tägliche Arbeitszeit von zehn Stunden innezuhalten wird. Räuberei über wichtige Gewerbeschäften noch eine längere Debatte stattfand, wurde die angesetzte Versammlung geschlossen.

Schwein. Am Samstag, den 13. April, fand hier selbst eine öffentliche Gewerbeversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Bezirksleiter Kollege Häuschen, der als Referent erschienen war, sprach in überzeugender Weise über den Wert des Arbeitnehmers vor Tarifberatern und die Notwendigkeit der strikten Durchführung derselben. Redner befreudete, in welcher Weise dieses möglich sei. Ferner wurde die Handlungswelt des freien Verbandes, der, ohne die Schlüttungskommission einzurufen, bei einem Arbeitgeber sofort die Kündigung einsetzte, einer sachgemäßen Kritik unterzogen. Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Häuschen rief eine lebhafte Diskussion hervor. Darauf wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die am 13. April tagende öffentliche Versammlung der christlichen Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Schneidels beruhete ganz entweder das tarifwürdige Verhalten seitens eines Arbeitgebers. Die Versammlung verlangt strikte Einhaltung der tariflichen Abmachung; sie spricht ferner ihr Bedauern über das einseitige tarifwidrige Vorgehen des freien Maurerverbandes aus, weil es gezeigt ist, die Organisationen der Arbeiter als vertraglich hinzu stellen. Die Versammlung verlangt, daß bei etwaigen Berufungen gegen den Tarif des tariflich vorgeschriebene Tarif eingehalten wird. Gleichzeitig wird gezeigt, daß in der Entlohnungsimmobilität von Seiten des freien Maurerverbandes noch nichts getan worden ist und beansprucht die Versammlung den Kollegen der christlichen Organisation, falls in den nächsten Tagen keine Einigung erzielt wird, selbständig vorzugehen.“

Zürich. Der christliche Bauhandwerker- und Bauhilfsarbeiter-Verband in Zürich ist es, der evangelische Arbeiterverein für Zürich und Umgegend, die weitestens aus Bevölkerung nach hier geholten Bauhandwerker sind zum größten Teile losgelöst von hier verzogen, zum Teil übergetreten zu dem Neutralverband der Männer. — So berichtete unlängst das sozialdemokratische „Zürcher Volksblatt“. Bei dem „Vorbericht“ ist wohl wohl der Sinn der Autor des Gedankens gewesen, dass die Zahlstelle Zürich unseres Verbandes, die im vorigen Jahre mit 24 Mitgliedern gegründet wurde, nicht ganz über hundert Mitglieder und erwartet sich noch weitere Anhänger. Was die Genossen für hier geleistet haben, um uns an die Hand zu tragen, ist ja vom vorigen Sommer aus genügend bekannt. Wie aus hier im Druck erschienem „Maurerarbeitsblatt“ zu untersuchen waren uns Bevölkerung und den ausländischen Kollegen nach hier gekommen. Von letzteren sind einige bisher in ihre Heimat zurück, und mehrere anderen sind in Dänemark 28. Mr. waren gekommen, ob das „sozialdemokratische Volksblatt“ nicht mitteilte könnte, wie viele denn noch aus anderen gegründeten Kollegen zum neuen Maurerarbeitsverband übergetreten seien wollen, und vielleicht die Namen einzelner. — „Zürcher Volksblatt“ schreibt: „Wir berichten darüber, daß es keinen Zweck ist, nun wieder etwas darüber zu schreiben, was die neuen „Maurerarbeitsblätter“ hier nach dem ersten Jahr nicht mehr so leicht ausrichten, doch erfüllt die „Maurerarbeitsblätter“ jetzt sicher die Wünsche der Arbeitervereine.“ Hierzu schreibt „Zürcher Volksblatt“: „Wir berichten darüber, daß es keinen Zweck ist, nun wieder etwas darüber zu schreiben, was die neuen „Maurerarbeitsblätter“ hier nach dem ersten Jahr nicht mehr so leicht ausrichten, doch erfüllt die „Maurerarbeitsblätter“ jetzt sicher die Wünsche der Arbeitervereine.“

Herten i. W. Unsere diesjährige Generalversammlung war gut besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Sauer den Rassenbericht. Die Einnahme des Centralverbandes betrug 2236,85 Mr., die Ausgaben 523,40 Mr. An die Generalkasse wurden eingezahlt 1713,45 Mr. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Darauf gab Kol. Stiel er den Jahresbericht: „Der im Jahre 1906 mit den Unternehmen abgeschlossene Tarifvertrag wurde gut ausgehalten; Lohndifferenzen entstanden nicht. Maßregelungen sind mit einigen Ausnahmen unterblieben. Man sieht, auch in Herten müssen sich die Unternehmer mit dem Vorhandensein der Organisation abfinden. Besonders ließ der Bauarbeiter schrift zu wünschen übrig. Es mußten deshalb im Laufe des Jahres eine Anzahl Unternehmer der Behörde angezeigt werden. Durch das Eingreifen derselben sind diese Unzulässigkeiten abgeschafft worden. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 86, im zweiten 148, im dritten 176 und im vierten 120. Neu aufgenommen sind 128. Es wurden 21 Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung abgehalten. In diesen wurden 18 Vorträge gehalten. Der Unterkursturz war gut besucht. Zum Schlusse dankte Redner den Kollegen für ihre Mitarbeit zum Wohl der christlichen Gewerbe. Nach einer Diskussion wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt: Georg Stiel, erster, Franz Degenhart, zweiter Vorsthender; Joseph Sauerbier, erster, Theodor Braulampen, zweiter Kassierer; August Hammelmann, erster, Ludwig Hahn, zweiter Schriftführer. Als Vertretermann für Herten Anton Umpert, für Ditteln Joh. Reich. Im Verschiedenen wurden einige Sachen lokaler Art besprochen und beschlossen, daß jeden Sonntag von 11—1 Uhr morgens ein Kollege im Verbandslokale anwesend sein sollte beauftragt Anmeldung. Darauf nahm Kollege Stiel das Schlusswort. Er führte aus, daß der heutige Tag ein Markstein in der Geschichte unserer Zahlstelle sei. Pflicht eines jeden Einzelnen sei es nun, das heute Gehörte in die Tat umzusetzen. Ein jeder müsse Agitator sein für unsere Bewegung. Sobald ermahnte er die Baudilegierter an ihre Pflichten, und bat die Kollegen, alle fleißig an dem Unterkursturz teilzunehmen zu ihrer Bildung und Schulung. Denson sei es Pflicht der Vorstandsmitglieder, den Kollegen in allen Sachen hilfreich zur Seite zu stehen. Auch sollten die Kollegen, fleißig an den Versammlungen teilzunehmen und so arbeiten, daß die Zahlstelle Herten so bleibe wie sie heute sei: eine der besten im Bezirk Melle. Nach einem Hoch auf die christliche Gewerbe wurde die Versammlung geschlossen. — Wir machen daraus aufmerksam, daß jeden Sonntag von 11—1 Uhr mittag ein Kollege im Verbandslokale Heinz, Ewaldstr., anwesend ist beauftragt Anmeldung und Erteilung von Rückläufen.“

Den Vorstand der Zahlstelle Herten.

Passau. Ende Dezember v. J. wurde hier eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet. Dieselbe hat sich verhältnismäßig gut entwickelt. Auch sind schon mehrere Übertritte von den sozialdemokratischen Organisationen zu verzeichnen. Darüber sind die Genossen ziemlich verärgert, und so versuchten dieselben durch Ausspielen der dunkelsten Gerüchte unseres Verbandes zu verächtigen. Hierbei konnten wir es nicht belassen, es mußte Klärheit geschaffen werden. Es fand im Gasthaus Grubmüller eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Ziele und Bestrebungen des Centralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands“. Als Referent war Kollege Brückner-München erschienen. Derselbe verbreitete sich eingangs über die unsicherer Gewerbeverhältnisse und die Gefahren des Bauarbeiters. Diese können nur gehoben werden durch innigen Zusammenhalt. Sobald führte er die Motive an, warum christliche Gewerbeschäften zu gründen notwendig waren und kam zum Schlus auf die Erfolge und Stärke unseres Verbandes zu sprechen. Insgesamt 40 Kollegen setzten unserem Verbande angeschlossen. Dieselben wurden aber nicht gewonnen mit Versprechungen, sondern mit Lügen. Kein Gegner, weder von rechts noch links kann uns in unseren Befreiungen Hindernisse bereiten; unser Wahlspuch heißt: „geistige und wirtschaftliche Selbstbehauptung unserer Verbandskollegen“. Rechter Beifall wurde ihm gezollt. In der sich anschließenden Diskussion meldete sich der Genosse Haas zum Wort. Derselbe ist in den Passauer Arbeiterkreisen eine allbekannte „Große“. Er leiert keine „Weisen“ nach, der bekannte Melodie wie Neutralität, Menschenlichkeit, Sozialismus als neues Evangelium, Rentnertengewerbeschäften, Arbeiterzeitplitter und vergleichen mehr herunter und dann jetzt er fährt. Dieses zu widerlegen, war dem Kollegen Haas ein leichtes Spiel. Nach einem leichten Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen.

Schroda b. Bözen, den 28. April. Am heutigen Tage fand unsere erste Mitgliederversammlung statt. Derselbe waren zwei öffentliche Versammlungen vorausgegangen, und verdienten derselben eine besondere Beachtung. Zugleich mit dem Bezirksleiter, Kollege Franz aus Bözen, war auch der Kaplan des Ortes erschienen, welcher jedoch nicht gut auf die christlichen Gewerbeschäften zu sprechen ist, vielmehr mit Leib und Seele dem polnischen Verbande, demselben, welcher voriges Jahr während der Bözener „A-Sperre“ die Streitbrecher lieferte, zugetan ist. Zu einem Resultat kam es in dieser Versammlung nicht, und fand darauf die zweite statt, zu welcher der Herr Kaplan einen Vertreter des Polnischen Verbandes hatte kommen lassen, und in welcher er den Vortrag führte. Auch Kollege Franz war anwesend. Der polnische Verbandsvertreter versuchte in seinen, mit politischen Momenten durchsetzten Ausführungen, unjeren Verband dahin zu verächtigen, derselbe Gerüchte zu verbreiten, die polnischen Mitglieder würden nun ausgenutzt, dagegen ihre Interessen nicht zu gewähren, wie die der deutschen Kollegen. Alles hell sei für sie nur in dem polnischen Verband (richtiger gelangt Streitbrecherverband) zu finden. Seine ganzen Kenntnisse waren in 20 Minuten erstaunt. Kollege Franz wies die Angriffe in energischer Weise zurück. Er kennzeichnete die Tätigkeit des polnischen Verbandes bei der Aushebung im vorigen Jahre, und daß auch der polnische Referent Maurer als Streitbrecher geführt haben soll. Heute, wo sich die Arbeitgeber in geschlossenen Verbänden zusammen, wäre es eine unabdingbare Notwendigkeit, daß auch die Arbeiter sich in großen Verbänden zusammenfinden. Auch wies er nach, daß den Kollegen bedeutende größere Vorteile in unserem Verbande geboten werden, als in dem polnischen. Unter großem Jubel kam es sodann zur Abstimmung, welchen Verband man nun anstreben solle, die Mehrheit erklärte sich für den unsrigen, trotzdem daß der andere Seite beide mit abgestimmt hatten, die als Arbeiter gar nicht in Frage kommen. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses machte der Vertreter der polnischen Kaplan, der Versammlung Bözener, die als ungehörig bezeichnet und zurückgewiesen werden müssen. Denjenigen, die hier für unsern Verband entschlossen haben, Bözenerdienst vorzunehmen, ist wichtig zu sagen. Wenn kritisieren er die Ausführungen des Kollegen Franz in unzertwischen Wörtern. Er weiß, daß hier bei den Deutschen nichts gelernt hätten, sondern nur bei den sozialdemokratischen Kollegen Kontakt, welcher in jüngster Zeit aufgetreten ist. Er behauptet den Versammlungen, daß unter Verband nicht mehr das erfolge mit der Gewerbeausbildung politisch zu tun habe. Nun kommt es nur darum an, alle wichtigen geplanten Maßnahmen ohne Unterlaß der Meinungsfreiheit zur Verbindung ihrer Mitteilungen zu kommen. Am 26. April fand die 2. Mitgliederversammlung statt; auch das politische Programm erzielte hier eine ähnliche Zustimmung in einer etwas höheren Mehrheit, als bei der Versammlung voriger Woche. Hierzu wurde noch eine Ratsversammlung abgehalten, und zwar mit dem Ziel, die Zahlstelle Bözener einzurichten. Es hat nun 20 Kollegen mitgestimmt, mit dem Hoch auf die christliche Gewerbeversammlung geschlossen.

im Osten und wie hiergegen angekämpft werden müsse. In der polnischen Bauhandwerker wolle und sollte an den Kollegen unserer Zeit teilnehmen und für die Errichtung die Helfs gebe ihm der Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter volle Garantie. Als erster Vorsthender wurde gewählt Kollege Perleweitz, zum Kassierer Kollege Münster, als Schriftführer St. Mandowits, zu Revisorin die Kollegen Wesolowsky und Wojetz. Die neue Zahlstelle wird Polen angegliedert. Mit einem Hoch wurde die Versammlung geschlossen.

Nürnberg, 3. Mai. Im Januar fand hier eine Bauhandwerkerversammlung statt, zu der Kollege Lange-Wölfen als Referent erschien war. Es schlossen sich damals eine Anzahl Kollegen dem Verbande an. In einer späteren Versammlung wurde der Vorstand gewählt. Aus der Wahl gingen her als erster Vorsthender Kollege Christian Gose, als erster Kassierer Kollege Hubert Hegels und als erster Schriftführer Karl Lieder. Nunmehr zählt die heilige Zahlstelle schon über 100 Mitglieder. Die Kollegen sind voller Begeisterung für ihre Sache und da nun die größte Mehrzahl der Kollegen an der Vogel- und in Gummersbach beschäftigt sind, so beginnt es sich auch diesen Orten zu regen, und bricht sich auch dort unter der Bauarbeiterchaft der christliche Gewerbeversammlung Bahn. Gummersbach fand am 30. April eine gut besuchte Versammlung statt, einberufen vom Kollegen Becker-Höhn. In derselben erschien auch der Lokalbeamte der Genossen, Kreisbeamte, eigens hierzu telephonisch herbeigestellt war, mit einer Anzahl seiner Freunden, um Quertreibereien zu machen. Aber es ergibt sich wie dem Vohrer, dem die Felle fortgeschwommen, mußte unverrichteter Sache und beschämte wieder von dann ziehen. Wenn die Kollegen so eifrig wie bisher für ihre Sache arbeiten, dann wird die Zeit nicht allzu fern sein, wo der Centralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter auch im Kreise Gummersbach den „Freien“ an Stärke überlegen ist. Es werden dann auch solche Fälle nicht mehr vorkommen, wie ein solcher klarlich an dem Neubau des Lehramannsseminars passierte. Als dort fünf christlich organisierte Kollegen anfingen, erklärten die dort arbeitenden Genossen, „habe ich Ihnen mit euch verschreiben lassen, sonst arbeiten wir nicht mehr mit euch“. Kollege Stähler hat den Maurhellen nun gezeigt wo der Weg geht. Heute sind von den Maurern über Kollegen von uns auf dem Bau und nur 8 Genossen, Kollegen, beherztigt den Spruch: „Ein jeder sei Agitator dann können wir auch im Kreise Gummersbach getrost in die Zukunft schauen. Die Organisation tut hier dringend not. Den meisten Baustellen sind keine, oder doch sehr schlechten Baubuden und Worte vorhanden, und mit dem Bauarbeiterstand steht es auch sehr mangelhaft aus. Deshalb Kollegen, wenn Ihr eure Lage verbessern, dann schließt die kleinen, denn Einfügigkeit macht stark!“

Fuhrbach. In der letzten Mitgliederversammlung erhielt der Vorsthender den Geschäftsbuch der Winter-Zahlstelle. Derselbe zählte die Zahlstelle 40 Mitglieder; davon waren 30 Schlüsse des Quartals abgereist 28, so daß noch 18 Kollegen dorthin verblieben, die aber ebenfalls bis auf 5 in den nächsten Tagen abreisen. Es wurden 6 Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung abgehalten. Die Rechnungslage gestellte folgendermaßen: Die Einnahme betrug insgesamt 70,70 Mr. und zwar von 9 Eintrittsmarken 4,50 Mr., 68 Beitragssmarken à 85 Pf. 28,80 Mr., 78 Arbeitslosenmarken à 20 Pf. 16,80 Mr., 288 Agitationsmarken à 10 Pf. 26,80 Mr., Summa 70,70 Mr. Davon wurden an die Hauptkasse abgesandt 57,21 Mr., verbleibender Betrag nach Abzug der örtlichen Ausgaben für das nächste Quartal der Betrag von 10,20 Mr. Darauf wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sobald erkannte der Vorsthender die Kollegen eifrig zu agitieren, damit die zwei Freiorganisationen ebenfalls zu uns herüberschreiten werden. Er gab bekannt, daß wir bei neuen Kollegen aufgenommen und zwei Übertritte aus dem sozialdemokratischen Maurerverbande bewirkt haben, was für uns eine Winterzahltelle gewiß ein schöner Erfolg ist. Der Vorsthender konstatierte, daß nunmehr kein indifferenter Kollege mehr in Fuhrbach zu finden ist. Damit ist der Indifferenzismus hier in Fuhrbach zu Grabe getragen. Arbeiten wir, daß es so bleibt.

Bonn, 28. April. Nach langer Zeit fand heute hier einmal wieder eine öffentliche Maurer- und Bauhilfsarbeiterversammlung statt. Bezirksleiter Kollege Lange verordnete in längerer Rede über das Wesen der Tarifverträge und kam dann auf den Abschluß des Tarifvertrages für Bonn-Godesberg und die Bürgermeisterei Bölich zu sprechen. Schatz ging wieder mit den Verbandsmitgliedern des christlichen Maurer- und Bauarbeiterverbandes ins Gericht und wies nach, daß die sozialdemokratischen Verbande und deren führende seit 1904 für die Aufbesserung der Lage der Bauarbeiter im Bonner Gebiet keinen Erfolg gehabt haben, daß dagegen der christliche Verband jedes Jahr bestrebt war, die Arbeit der Bauarbeiter zu heben. Als im Jahre 1905 dem christlichen Verband gelang, den Tarif mit dem Arbeitgeberverband abzuschließen, welches trotz des hartnäckigen Kampfes im Jahre 1904 nicht möglich war, da rasten die sozialdemokratischen Führer vor Bölich, daß die sozialdemokratischen Verbände nicht daran beteiligt waren. Stattdessen aber nun sozialdemokratischen „Arbeitervertreter“ die Arbeit über das Tarifwesen aufzuladen, und den Arbeitgeber verhindern, daß sie mit Entscheidlichkeit für die Durchsetzung eintreten müßten, um auch in den Besitz des festgelegten Lohnes zu kommen, wurden die Arbeiter gegen den Tarif aufgehetzt, wodurch die Unternehmen Veranlassung nahmen, die tariflich festgelegten Löhne einfach nicht zu zahlen. Die Arbeitgeber fanden sich bei den sozialdemokratischen Führern dafür, daß sie den Tariflohn nicht erhalten. Jetzt hat der christliche Verband einen neuen Tarif abgeschlossen, welcher 3 bez. 4 Schönerhöhung sowohl für Maurer als für Bauarbeiter vorstellt, während die Tarifhöhe 80 Pf. und mehr gegen früher. Dieser Erfolg des christlichen Verbandes hat die Führer der sozialdemokratischen Verbände wiederum erobert gemacht, um nicht auch die leichten paar Mitglieder zu verlieren, versuchten diese wirtschaftend, durch Neben- und Schreiber den Eintritt in Erfolge des christlichen Verbandes zu vertreiben und so von christlichem Arbeitervertrag. Die Unternehmer sind Grund des Tarifvertrages ausdrücklich verpflichtet, die festgelegten Löhne zu zahlen. Da kommen nun die sozialdemokratischen Führer, welche den Arbeitern diese Löhne nicht zu geben scheinen, und versetzen Flugblätter heraus, welche auch die Unternehmer erhalten, in denen sie behaupten, die Unternehmer brauchen den tarifmäßigen Lohn nicht zu zahlen. Dasselbe öffentlich gemacht und auch in sozialdemokratischen Zeitungen gespielt. Das alles gefiebert über nur deswegen, weil der Arbeiterschaft bei Lohn aus dem Grund nicht gewollt es eine Erringungsmöglichkeit des christlichen Verbandes ist. Dasselbe die Genossen den gleichen Erfolg zu verzeichnen, wenn sie den Tarif als eine große Erringung sozialdemokratischen Verbandes treffen. Aber so Kollege Lange brachte in dem Ratsausschuß, wo die Arbeiterräte sitzen, den nächsten Genossen war es nicht möglich, seine Stimme zu hören. Da kommen nun die sozialdemokratischen Führer, welche den Arbeitern diese Löhne nicht zu geben scheinen, und versetzen Flugblätter heraus, welche auch die Unternehmer erhalten, in denen sie behaupten, die Unternehmer brauchen den tarifmäßigen Lohn nicht zu zahlen. Dasselbe öffentlich gemacht und auch in sozialdemokratischen Zeitungen gespielt. Das alles gefiebert über nur deswegen, weil der Arbeiterschaft bei Lohn aus dem Grund nicht gewollt es eine Erringungsmöglichkeit des christlichen Verbandes ist. Dasselbe die Genossen den gleichen Erfolg zu verzeichnen, wenn sie den Tarif als eine große Erringung sozialdemokratischen Verbandes treffen. Aber so Kollege Lange brachte in dem Ratsausschuß, wo die Arbeiterräte sitzen, den nächsten Genossen war es nicht möglich, seine Stimme zu hören. Da kommen nun die sozialdemokratischen Führer, welche den Arbeitern diese Löhne nicht zu geben scheinen, und versetzen Flugblätter heraus, welche auch die Unternehmer erhalten, in denen sie behaupten, die Unternehmer brauchen den tarifmäßigen Lohn nicht zu zahlen. Dasselbe öffentlich gemacht und auch in sozialdemokratischen Zeitungen gespielt. Das alles gefiebert über nur deswegen, weil der Arbeiterschaft bei Lohn aus dem Grund nicht gewollt es eine Erringungsmöglichkeit des christlichen Verbandes ist. Dasselbe die Genossen den gleichen Erfolg zu verzeichnen, wenn sie den Tarif als eine große Erringung sozialdemokratischen Verbandes treffen. Aber so Kollege Lange brachte in dem Ratsausschuß, wo die Arbeiterräte sitzen, den nächsten Genossen war es nicht möglich, seine Stimme zu hören. Da kommen nun die sozialdemokratischen Führer, welche den Arbeitern diese Löhne nicht zu geben scheinen, und versetzen Flugblätter heraus, welche auch die Unternehmer erhalten, in denen sie behaupten, die Unternehmer brauchen den tarifmäßigen Lohn nicht zu zahlen. Dasselbe öffentlich gemacht und auch in sozialdemokratischen Zeitungen gespielt. Das alles gefiebert über nur deswegen, weil der Arbeiterschaft bei Lohn aus dem Grund nicht gewollt es eine Erringungsmöglichkeit des christlichen Verbandes ist. Dasselbe die Genossen den gleichen Erfolg zu verzeichnen, wenn sie den Tarif als eine große Erringung sozialdemokratischen Verbandes treffen. Aber so Kollege Lange brachte in dem Ratsausschuß, wo die Arbeiterräte sitzen, den nächsten Genossen war es nicht möglich, seine Stimme zu hören. Da kommen nun die sozialdemokratischen Führer, welche den Arbeitern diese Löhne nicht zu geben

seiner Kollegen Schellberg hofft die Versammlung mit einem begeisterten dreifachen Hoch auf die Einigkeit der Maurer und Baufacharbeiter und unsern Verband die so interessant verlaufende Versammlung.

Düsseldorf. Am Sonntag, den 14. April, fand im Hotel Herrn Holt eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt. Dieselbe war sehr gut besucht; auch die Kollegen aus den Nachbarverwaltungsstellen Beverungen und Herford waren zahlreich erschienen. Als Referent trat Kollege Oldenbrand vom Konservatorium erstanden. Er führte den Kollegen in vereidigten Worten im Gang der heutigen Lohnbewegung vor Augen und beschreitete das Verhalten der Unternehmer, welche auf unsre, vorgenannte heftige Forderung eine Antwort nicht geben. Als späterhin auf eine normale Eingabe gaben sie eine unerwidigende Antwort, indem sie statt der geforderten 28 Pf. mindestens nur einen solchen von 26 Pf. bezahlt wollten. Da die weiteren Verhandlungen für uns kein günstiges Resultat brachten, fand am 2. Oktroye in Beverungen eine gemeinsame Versammlung der obengenannten Verwaltungsstellen statt, in welcher über die weiteren Maßnahmen verhandelt wurde. Es wurde das Gebaren der Unternehmer scharf kritisiert, und beschlossen, bis zum 19. April die Ablösung einzurichten, welchem Kollegen einmütig nachkamen. Als nun die Arbeitgeber sagten, daß es den Kollegen Ernst mit ihrer Forderung war, sollten sie am Sonnabend den geforderten Lohn. Kollege Hübelich forderte die Kollegen auf, auch seinerseits so einig zu sein, wie sie es bisher gewesen seien, denn nur durch eine starke Organisation seien Erfolge zu erzielen. Nachdem jedoch einige Verhandlungsmäßigkeiten betreffs minderleistungsfähiger Gefallen und Junggefalen beschlossen, und zur Ablösung erledigt waren, wurde nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten die Versammlung mit einem Hoch auf die geistige Entwicklung des Verbandes geschlossen.

Mannheim. (Sozialdemokratische Konsequenz.) Am Sonnabend in Mannheim sind bei der Ullstein-Gesellschaft für Hochbauten, Frankfurt a. M., vormals Helfmann, etliche Kollegen dieser Bahnhofstelle in Arbeit. Im Herbst v. J. versuchte eine partei sozialdemokratisch organisierte Maurer aus Griesheim Darmstadt, durch Niederlegung der Arbeit unsere Kollegen der Baustelle fortzubringen. Es gelang ihnen deshalb nicht, weil eine Partie Italiener nicht mitmachte. Jetzt sind die sozialdemokratischen Kollegen schon so weit vorgerückt, daß sie die Arbeitszeit, um im Tarif ihrer Gewerkschaft vereinbart, nicht einhalten, sondern statt zehn, elf Stunden ohne Zusatzlohn arbeiten. Unsere Kollegen gingen auch die Aussöhnung, elf Stunden zu arbeiten, ohne Zusatzlohn, von Seiten des Meisters, wurde aber von ihnen rücksichtslos abgelehnt. Bezeichnend ist ebenfalls noch, daß die Bauten, Dörfel und Wühlbau, im Altort ausgeführt werden. Hieraus kann sich jeder Kollege sein Urteil bilden, ob Theorie und Praxis bei diesen Elementen aussehen. Ergeben sie nachher doch wieder von christlichen Arbeitern um, und terrorisieren dieselben. Als Entschuldigung dachten sie vor, sonst nicht leben zu können.

Eupen. 7. April. Gestern fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche leider, wie man es bereits gewohnt ist, von unseren einheimischen Kollegen schlecht besucht war. Dagegen hatten einige Kollegen des Vorstandes unter den hier arbeitenden Italienern eine lebhafte Agitation entfaltet und dieselben zu unserer Versammlung eingeladen, welcher dann auch alle volzählig nachgekommen waren. Auch einzelne böhmische Kollegen waren anwesend. Dieses Interesse der auswärtigen Kollegen an der Organisation sollte unsere ehemaligen Kollegen tief beschämen. Als Referenten waren die Kollegen Bücker und Nardi aus Oberhausen (Rhd.) erschienen. Kollege Bücker hieß die fremden Kollegen herzlich willkommen und legte die Notwendigkeit der Organisation klar, die in unserer Zeit alle Arbeiter verschieden Nationen umfassen müsse. Die deutschen Kollegen betrachteten die fremden, die ebenso unter den drückenden Verhältnissen zu leiden haben, als Standesgenossen und als Brüder, dem freilich vorauszusetzen sei, dass sie sich unseren Bestrebungen um bessere Verhältnisse nicht feindlich gegenüberstellen dürften. Daher sollen wir unserer Organisation beitreten, da auch ihnen dadurch Rat und Unterstützung gewährt würde. Darauf hielt Kollege Nardi einen Vortrag in italienischer Sprache und orderte die Kollegen auf, sich den deutschen Kollegen anzuschließen und sich mit ihnen solidarisch und kollegialisch zu erklären. Darauf traten annähernd 15 italienischen Kollegen dem Verband bei. Auch die anwesenden deutschen Kollegen erklärten ihren Beitritt und vertraten, eifrig Agitation unter ihren übrigen Kollegen zu betreiben. Diesem sind sie nachgekommen und haben weitere 40 Kollegen aufnehmen lassen. Kollege Bücker führte im Schlusswort aus, dass nunmehr die deutschen Kollegen mit den fremden ein freundschaftliches und kollegiales Verhältnis pflegen müssen. Ein gemeinsamer Verkehr müsse stattfinden, damit das gegenwärtige Zutrauen mehr gefördert werde. Die fremden Kollegen sollten ihre Wünsche den deutschen mitteilen, mit Wege gefunden würden, um die Mißstände abzuheben. Die Organisation wird dafür eintreten, dass auch die fremden Kollegen nicht ausgebettet werden. Hat man doch die italienischen Kollegen durch den internationalen Arbeitsnachweis in Strassburg von dort nach Italien gelockt, ihnen einen Lohn von 40—45 Pf. verprochen und als man sie durch einen Agenten hierhatte, nur 30—32 Pf. ausbezahlt. So werden Arbeiter betrogen, wenn sie keiner Organisation angehören. Hoffentlich werden diese Kollegen für die Zukunft die Lehre daraus darauf kam Kollege Bücker auf die hiesigen Verhältnisse für die einheimischen Kollegen zu sprechen. Hierbei wir neue Forderungen den Unternehmern unterteilt. Nach der Bestimmung im vorjährigen Tarif soll die Kommission beider Parteien im Januar zusammenstehen. Die Unternehmer verhalten sich still, als wenn nichts vorliege. Dieses sei darauf zurückzuführen, weil sie wüssten, dass die hiesigen Kollegen nicht fest an der Organisation hielten. Und jetzt, wo der Tarif ablaufe, ed bis heute noch keine Verhandlung stattgefunden habe, müssten die Kollegen, wenn sie ernstlich daran dächten, die eingereichten Forderungen bewilligt werden. Sollten auch auf einen Kampf gerüstet sein. Er forderte auf, jetzt auf allen Bauten und Arbeitsstellen mehr agitieren und Baudelegierte zu wählen, ebenso die Versammlungen besser zu besuchen, damit auch die ausgebene Parole befördert werde. Nachdem dann Kollege Bücker, Vorsitzender des Kartells, noch einige anfeuernde Worte an die Versammlung gerichtet, folgte Schluss der Versammlung.

Bimmerer.

Köln. Am Donnerstag, den 25. April, hielt der zweijährige Generalversammlung der Baufacharbeiter gut besuchte. Es gab der alte Vorstand Bericht über den Stand unserer Partei, welcher die Zahl der Mitglieder zählt. Gemäß einer vorherigen Sitzung, die wir uns erst im Oktober mit 27 Kameraden im Centralverband Christlicher Baufacharbeiter und Bauhilfsarbeiter eingehalten haben. In der Diskussion beteiligten sich viele Kameraden und zwar in dem Sinne, daß jeder bestrebt sein sollte, die Zahl der Mitglieder ständig mehr zu erhöhen. Der Vorstand, Kollege Peter, hielt einen lebhaften Redeblock, der die Versammlung sehr begeisterte. Sieben neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Leumbungen der „freien“ Gewerkschaften zurück, und stellte das Benehmen derselben ins richtige Licht. Der lebhafte Beifall von Seiten der Kameraden zeigte, daß alle Anwesenden mit den Ausschreibungen einverstanden waren; drei Kameraden ließen sich von den „freien“ Zimmerern zu uns überschreiben. Auch wurde der Vorstand neu gewählt. Sämtliche vorgeschlagene Kameraden nahmen die Wahl an und versprachen, sich ganz in den Dienst der Sache zu stellen. — Kameraden Deutschlands schafft euch eure Freiheit, indem ihr den „freien“ Gewerkschaften den Rücken kehrt und dem Centralverband christlicher Baufacharbeiter und Bauhilfsarbeiter beitreten; denn dort werdet ihr Interessen gewahrt und die Freiheit geschützt, so tuft euch ein Kamerad zu, der die Freiheit der Sozialdemokraten gewonnen hat.

Dachdecker.

Köln. Unsere Sektion der Dachdecker hielt am Mittwoch, den 10. April, in Ehrenfeld im Hotel Keller ihre erste Generalversammlung ab. Im Auftrage des Kassierers berichtete der Vertrauensmann Dag über die Haushaltsschreibung, nach welcher unsere Sektion 26 zahlende Mitglieder zählt. Auf Antrag der Stellvertreter wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Kartelldelegierter wurde Kollege Peter Hörling, als Stellvertreter Düsseldorf gewählt. Kollege Dag hielt noch einen kleinen Vortrag über den Stand der Organisation überhaupt. Unter anderem streifte er die Ausspezung der Schneider, Maler und Kunstreicher. Mit einem Appell an die Kollegen zur kräftigen Agitation wurde die interessante Versammlung um 11 Uhr vom ersten Vorsitzenden geschlossen. Einige Kollegen gehörten schon längere Zeit unserem Verbande an; denen ist es gelungen, durch unermüdliches Arbeiten immer mehr Mitglieder zu gewinnen. In der Versammlung herrschte ein reger Geist, und verspricht die Sektion gute Fortschritte zu machen; auch einige Kollegen, welche noch im sogenannten freien Verbande der Dachdecker sind, haben erklärt, daß sie mit der Freiheit der Gewerkschaft nicht mehr einverstanden sind. Unsere Kollegen haben den Winter ordentlich ausgenutzt und sich geschult, so daß sie in jeder Art und Weise den Gegnern Riede und Antwort stehen können. Kollegen, so weiter gearbeitet, agitiert für die gute Sache, so daß es in Zukunft auch christlich geäußerten Dachdeckern möglich ist, arbeiten zu können, ohne eine sozialdemokratische Gewerkschaft.

Steinarbeiter.

Münster. (Pflasterer.) Da unser erster Vorsitzender selbstständig geworden ist, mussten wir in unserer letzten Mitgliederversammlung eine Neuwahl vornehmen. Aus derselben ging Kollege Kettler hervor, welcher seither Kassierer war; an seine Stelle wurde Kollege Lenz gewählt. Trotzdem die freien Pflasterer alles gegen uns anwenden, geht unsere Bahnhofstelle gut vorwärts. Wie die Genossen gegen Christlichgeführte handeln, sollte unser frühere Vorsitzende, jetzt selbstständige Meister Devermann erfahren. Der selbe hatte als Gefelle opferfreiwillig für unsere Sache gewirkt, daher trachteten die Genossen danach, denselben Schwierigkeiten zu bereiten. Man beschloß in einer Versammlung, bei Devermann nicht unter 70 Pf. die Stunde zu arbeiten, obgleich der tarifliche Lohn bei anderen Meistern nur 60 Pf. beträgt. Dadurch wollte man es Devermann unmöglich machen, mit den anderen Meistern konkurrieren zu können, wodurch selbstverständlich seine Existenz vernichtet würde zum Nutzen der anderen Unternehmer, die im vergangenen Jahre die Organisation bekämpft haben.

Aus dem Gesamtverband.

Eine Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes tagte am 3. und 4. April in Köln. Dieselbe beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes;
2. Jahresetat des Gesamtverbandes pro 1907;
3. Geschäfts- und Nassenführung in den christlichen Gewerken;
4. die Organisation der Dienstboten;
5. Verschiedenes.

Zu den Punkten 1, 3 und 4 wurden ausführliche Referate erstattet. Der Vorstand hielt seit dem Breslauer Kongress neun Sitzungen ab. Er beschäftigte sich u. a. mit folgenden Gegenständen: die Vorgänge im Buchdruckerhandwerk hinsichtlich des Organisationsvertrages, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die gemeinschaftliche Union mit den konfessionellen Arbeitervereinen, die Besetzung des bayrischen Sekretariats, das italienische Sekretariat, die Reichstagswahl, die Herausgabe eines Jahrbuches usw. Bei fünfzig Wahlen zum Reichstag sind schärfste Richtlinien für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften geboten. Gelegentlich wird der Ausschuß des Gesamtverbandes wieder darauf zurückkommen. Das Jahrbuch, das im vorjährigen Jahr herausgegeben werden sollte, wird nunmehr im kommenden Herbst und für die Folge alljährlich erscheinen. Mehrere an den Breslauer Kongress gestellte Anträge wurden dem Ausschuß des Gesamtverbandes zur Erledigung überwiesen. Darüber ist zu berichten: Die internationale Gewerkschaftskonferenz wird voraussichtlich im Verlaufe des kommenden Jahres zusammentreten. Die Herausgabe von Broschüren über die gegenwärtige Arbeitbewegung ist zunächst nicht beabsichtigt. Die Arbeiterleute der christlichen Gewerkschaften sammeln sich am besten selbst das bezügliche Material. Zugleich sind von anderer Seite über dieses Kapitel in letzter Zeit verschiedene Schriften erschienen. Der Herausgabe christlicher Gewerkschaftsliteratur wird das erforderliche Augenmerk zugeleitet. Das Generalsekretariat soll immer mehr zu einer Beobachtungsstation der deutschen Arbeitersbewegung ausgebaut werden. Die Herausgabe einer Arbeiterinnenzeitung erscheint noch verfrüht. Zurzeit sind ca. 20 000 Arbeitnehmer in den christlichen Gewerkschaften organisiert, wovon mehr als 90 Prozent aus den Verbänden der Textilarbeiter, Tabakarbeiter und Heimarbeiterrinnen entfallen. Letztere verfügen heute schon über ein Organ mit weiblicher Redaktionsführung. Die Textilarbeiter und Tabakarbeiter werden sich bemühen, ihr Organ etwas mehr den Wünschen der Arbeitnehmer anzupassen. Auch mit der Ausbildung von Arbeitern hat es seine Schwierigkeiten. Dennoch sollen die Verbände tun, was möglich ist. Letztere verfügen heute schon über ein Organ mit weiblicher Redaktionsführung. Die Textilarbeiter und Tabakarbeiter werden sich bemühen, ihr Organ etwas mehr den Wünschen der Arbeitnehmer anzupassen. Auch mit der Ausbildung von Arbeitern hat es seine Schwierigkeiten. Dennoch sollen die Verbände tun, was möglich ist.

Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde zurückgezogen, dagegen vom 1. Oktober ab eine Krankenunterstützung eingeführt. Dieselbe wird auch den Winter über bezahlt. (Die Baufacharbeiter bezahlen 44 Wochenbeiträge im Jahr.) Die Streitunterstützung wird um 1 Pf. erhöht, nachdem die erhöhten Wochenbeiträge 26 Wochen lang bezahlt sind. Die Zahl der Gauleiter wurde um 5 vermehrt. Der Baufacharbeiter erscheint in Zukunft achtzig und wurde dafür die Anstellung eines zweiten Stellvertreters beschlossen.

Hinsichtlich der Berichtsstellungsfrage mit dem Maurerband wurde folgende Resolution angenommen:

1. Der neunte Bandtag der baugewerblichen Facharbeiter Deutschland hält die ablehnende Haltung des Maurerbands auf seiner letzten Generalversammlung betreffs der Berichtsstellung für hemmend in der Fortentwicklung des Gesamtorganisation der Arbeiter des Bauberufes. Es erfordert nach wie vor in dem Zusammenschluß aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter die einzige wirksame Organisation, welche im Laufe kommenden Berufs zu vertreten.
2. Von den Hauptvorständen der beiden Organisationen (Baufacharbeiter und Maurer) ist in nächster Zeit ein Antrag auszuarbeiten, der festlegt, ob die in den Betrieb- und Betonbranche beschäftigten Arbeiter der Maurer- oder Baufacharbeiterorganisation sich anschließen sollen. Es ist ein unabhängiger Befund, daß in einigen Städten die Betrieb- und Betonarbeiter dem Maurer-, in anderen Städten dem Baufacharbeiterband angehören. Dieser Vorschlag ist sofort in den Organisationen beiden Verbände zu veröffentlichen.

Für den Vorstandsmittel und Betriebsleute wurde ein Gehalt von 2400 Pf. festgesetzt in den beiden ersten Jahren und je 1000 Pf. späteren Jahren zu 1200 Pf. mit Wachstum.

Abbildung der Kapitalien ist. Des Ferneren wurde eine Kommission eingesetzt, die an Hand des in den verschiedenen Verbänden gebrauchlichen Geschäftsmaterials möglichst Vorschläge zur größeren Vereinheitlichung und Vereinfachung der Formulare und Geschäftsbücher ausarbeiten soll. Die Dienstauskünfte sowie aus demselben sich angeschlossenen Diskussion wurde die Schwierigkeit der ganzen Materie erst richtig aufgedeckt. Es einfach sich daher noch nicht, daß der Gesamtverband sich für irgend eine Organisationsform festlegt. Der Vorstand wurde vielmehr beauftragt, eine Konferenz mit den Vorständen der Frauenverbände beider Konfessionen zu beantragen, und erst nachdem diese getagt, seine Entschlüsse zu treffen. Unter „Verschiedenes“ wurden die Aussperrungen im Maurer- und Schneidergewerbe, sowie die organisatorischen Verhältnisse in einigen wichtigen Bezirken Deutschlands besprochen. Am Schlusse war man sich bewußt, in den beiden Tagen viele Anregungen erhalten zu haben.

Aus andern Verbänden.

Der Centralverband christlicher Tabakarbeiter. Der Verband der christlichen Tabakarbeiter hält in Frankfurt am Main vom 12.—14. April seine 4. Generalversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht ist in der zweijährigen Berichtsperiode die Mitgliederzahl von 2179 am 1. Januar 1905 auf 7638 (darunter 3040 weibliche), am 31. Dezember 1906, soweit um 5459 gestiegen. Die Einnahmen des Verbandes betrugen in der Berichtsperiode 72 065 Pf., die Ausgaben 70 344 Pf. Herausgabe wurden u. a.: an Streit- und Gewaltregeltenunterstützung 33 600 Pf., sonstigen Unterstützungen 1356 Pf., Verbandsorgan 6147 Pf., Agitation 7957 Pf. usw. Der Verband beteiligte sich im letzten Jahre an der in Berlin veranstalteten Heimarbeits-Ausstellung. Über der Besserstellung seiner Mitglieder hat der Verband insbesondere im letzten Jahre erfolgreich gewirkt. In 78 Orten und 146 Betrieben war der Verband mit 3440 Mitgliedern in Lohnbewegungen und Kämpfen verwickelt, die meist für die Arbeiter erfolgreich verließen. Die Generalversammlung nahm eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungsdeses vor. Der seitherige Wochenbeitrag von 20 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder hat sich zur Durchführung der Aufgaben des Verbandes als unzureichend erwieisen. Es wurde die Einführung von Staffelbeiträgen von 15 Pf. wöchentlich für Jugendliche bis zu 60 Pf. für erwachsene männliche Arbeiter beschlossen. Für die höheren Beitragsklassen wurde die Erwerbslosenunterstützung eingeführt. Die seitherige Rentengeldzuschußklasse des Verbandes wurde aufgelöst, dafür über eine besondere freiwillige Beitragsklasse im Verband eingeführt, durch die sich die seitherigen Mitglieder des Verbandes in freien Tagen einen Zuschuß sichern können. Zu dem dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Herstellung von Zigaretten in der Hausarbeit nahm die Generalversammlung Stellung. Der Gesetzentwurf, insbesondere der § 4, der die Herstellung von Zigaretten in Schlafzimmern verbietet, wurde als Fortschritt begrüßt, doch ist die Generalversammlung der Meinung, daß nur durch ein völliges Verbot die Heimarbeit in der Tabakindustrie die Interessen der Produzenten und Konsumenten ausreichend gewahrt werden können. Der seitherige Vorsitzende des Verbandes, Herr Cammann (Rees), wurde wiedergewählt; an der Generalversammlung wird ein weiterer Beamter angestellt. Als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nahm Generalsekretär Stegerwald (Cöln) an den Verhandlungen teil.

Generalversammlungen der Zentralverbände der Baufacharbeiter und der Zimmerer.

In der Woche vom 7. bis 13. April hielt der Centralverband der Baufacharbeiter seine neunte Generalversammlung in Hamburg, und in der Woche vom 14. bis 20. April der Centralverband der Zimmerer seine siebzehnte Generalversammlung in Köln ab.

Aus dem Bericht des „Baufacharbeiter“ entnehmen wir, daß der Verband zum Schlusse des Jahres 1906 84 612 Mitglieder zählte, gegen 39 027 in 1904. Die Fluktuation war eine ganz enorme; von 154 206 Neugeintritten blieben nur 45 589, es sind also dennoch 108 617 wieder ausgetreten. Die Zahl der Zweigvereine beträgt 370.

Die Gesamtleistung des Jahres 1906 betrug 1.276.552,18 Mark, das Verbandsvermögen 826.234,14 Pf. Die Ausgaben für Streit- und Nassenführungen in den beiden Berichtsjahren 753.108 Pf. An Lohnbewegungen, welche zur Arbeitseinstellung führen, waren 35.645 Mitglieder beteiligt.

Die Beiträge erfuhrn eine Erhöhung um 10 Pf. pro Woche; außerdem ist der Hauptvorstand im Einverständnis mit den Gewerkschaften und dem Ausschluß ermächtigt, Extrabeiträge auszuschreiben.

Ein Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde zurückgezogen, dagegen vom 1. Oktober ab eine Krankenunterstützung eingeführt. Dieselbe wird auch den Winter über bezahlt. (Die Baufacharbeiter bezahlen 44 Wochenbeiträge im Jahr.) Die Streitunterstützung wird um 1 Pf. erhöht, nachdem die erhöhten Wochenbeiträge 26 Wochen lang bezahlt sind.

Die Zahl der Gauleiter wurde um 5 vermehrt. Der Baufacharbeiter erscheint in Zukunft achtzig und wurde dafür die Anstellung eines zweiten Stellvertreters beschlossen.

Hinsichtlich der Berichtsstellungsfrage mit dem Maurerband wurde folgende Resolution angenommen:

1. Der neunte Bandtag der baugewerblichen Facharbeiter Deutschland hält die ablehnende Haltung des Maurerbands auf seiner letzten Generalversammlung betreffs der Berichtsstellung für hemmend in der Fortentwicklung des Gesamtorganisation der Arbeiter des Bauberufes. Es erfordert nach wie vor in dem Zusammenschluß aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter die einzige wirksame Organisation, welche im Laufe kommenden Berufs zu vertreten.
2. Von den Hauptvorständen der beiden Organisationen (Baufacharbeiter und Maurer) ist in nächster Zeit ein Antrag auszuarbeiten, der festlegt, ob die in den Betrieb- und Betonbranche beschäftigten Arbeiter der Maurer- oder Baufacharbeiterorganisation sich anschließen sollen. Es ist ein unabhängiger Befund, daß in einigen Städten die Betrieb- und Betonarbeiter dem Maurer-, in anderen Städten dem Baufacharbeiterband angehören. Dieser Vorschlag ist sofort in den Organisationen beiden Verbände zu veröffentlichen.

Für den Vorstandsmittel und Betriebsleute wurde ein Gehalt von 2400 Pf. festgesetzt in den beiden ersten Jahren und je 1000 Pf. späteren Jahren zu 1200 Pf. mit Wachstum.

Für die Beamten wurde das Gehalt auf 2200 M., steigend dann ebenfalls je zweimal um 100 und dann um 50 M. bis zur Höchstgrenze von 2600 M.

Für die Postdienststellen sollen als Grundgehalt 1800 M. gelten. Wer diesen Betrag bereits erhält, soll eine Erhöhung um 100 M. bekommen. Es folgt sodann eine zweimalige Zulage von je 100 M., sodann jährlich 50 M. bis zum Betrage von 2500 M. Sämtlichen Angestellten wurde ein Sommerurlaub von 14 Tagen gewährt.

Den Centralverband der Zimmerer hatte im Jahre 1906 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 52 006 Mitglieder in 698 Zahlstellen. Die Gesamteinnahme in den Zahlstellen betrug 1 432 015,98 M., wovon 999 055,58 M. an die Hauptstelle abgeführt wurden. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse betrug 1 026 291,21 M. Die Ausgaben beließen sich auf 469 820,80 M., davon u. a. für Spitiation 107 519,42 M., Arbeitslosenunterstützung 95 015 M., Streitunterstützung 271 258,88 M., Streitunterstützung an andere Gewerkschaften 28 577,40 M., Streitkontrolle 4105,05 M., Rechtsanwalt 12 240,82 M., Gemahrgeltenunterstützung 5476,28 M., Reiseunterstützung 8197,50 M., Verbandsorgan 72 906,26 M., Drucksachen, Buchdruckarbeiten und Unterhaltung des Büros 12 009,59 M., Gehälter 10 240 M., Hilfsarbeiten im Büro 3795,50 M., usf. Der Vermögensbestand der Hauptkasse betrug am Jahresende 840 882,32 M. In den Poststellen war insl. von 38 919,79 M. zurückgelber Hauptkassengelber ein Vermögensbestand von 442 501,60 M.; das Gesamtvermögen beträgt demnach 1 322 303,71 M.

Sohnbewegungen, welche zur Arbeitseinstellung führten, führte der Verband in 1905 in 127 Zahlstellen, in 1906 in 292. Hieran beteiligt waren in 1905 8862 und in 1906 8514 Mitglieder.

Die Beiträge blieben die gleichen. Anträge auf Erweiterungen der Unterstützungen wurden abgelehnt, ebenso die Umwandlung der Arbeitslosenunterstützung in eine Gewerkschaftsunterstützung.

In einer Resolution bez. der Sohnbewegungen ist niedergelegt, daß bei größeren Ausprägungen der Centralvorstand von dem § 18 des Streitreglements, welches die Ausschließung von Erarbeitungen betrifft, in ausgängiger und unbedeutender Weise Gebrauch machen soll.

Schätz wurde gegen planlose Streiks polemisiert und folgend festgelegt:

„Es sollen alle Mittel verhindert werden, gestellte Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Bevor ein Kampf zu ihrer Durchführung inszeniert wird, bevor der Beschluß gefasst wird, in einem Kampf einzutreten, ist das Gutachten begin der Rat des Centralvorstandes einzuholen. Kämpfe, die veranstaltet werden, ohne dem Centralvorstand vorher Gelegenheit gegeben zu haben, sich darüber zu äußern, verübt das Recht der Unterstützung seitens der Verbands-Hauptkasse.“

Die Haltung des „Zimmerer“ in dem Streit zwischen Partei und Gewerkschaft wurde im allgemeinen als richtig erkannt.

Die Verschmelzung mit dem Arbeiterverband fand wenig Gegenliebe.

Hinsichtlich der Jugendorganisation wurde folgende Resolution angenommen:

Hinsichtlich der Frage der Jugendorganisation ist die 17. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschilands der Ansicht, daß besondere Organisationen zur Wahrung der Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeitnehmer nicht zweckmäßig sind; diese Aufgabe fällt den gewerkschaftlichen Organisationen zu.

Des weiteren ist die Generalversammlung der Meinung, daß auf die Erziehung der jugendlichen Arbeiter und Arbeitnehmer im Sinne der sozialistischen Weltanschauung mehr Gewicht zu legen ist als bisher. Maßnahmen zu treffen, die diesem Zweck dienen, kann jedoch nicht Aufgabe der einzelnen Gewerkschaften sein, sondern nur dem Zusammenschluß von Partei und Gewerkschaften vorbehalten bleiben.“

Das Gehalt wurde für den Centralvorstand festgesetzt 2400 Mark, steigend jährlich um 100 Mark, bis zur Höchstgrenze von 3000 Mark. Für die Geheimbeamten 1900 M. steigend jährlich um 100 M. bis zur Höchstgrenze von 2600 M. Das Gehalt für Geheimbeamte soll nicht unter 1900 M. betragen.

Als Delegierte für den internationalen sozialistischen Kongress wurden Huber, Gringram, Schröder und Schäffer gewählt.

Ein Hauseinsturz.

In Dresden stürzte am 17. April ein Teil des Reihenhauses Kaiser-Wilhelmstr. 28 ein. Bei der Katastrophe blieben drei Personen tot und mehrere wurden verhindert.

Der fünfjährige Reihenhaus befand sich in den letzten Stadien der Vollendung. Es war vor kurzem baupolizeilich abgenommen worden, dem Besitzer nach ohne Genehmigung. Außer dem Gartengrundstück Nr. 26 zugewandeten Nordseite stand noch ein Mietgeschäft. Im Erdgeschoss des Mittelbaus befand sich das Kaufhaus und in diesem waren denselben Morgen der Bäcker Günther, der Schneider Schütz, der Buchhalter Braun und der zur Auskunft angekommene Komitorin Bleil beschäftigt, während Klothe, ein Freund des Bauleiters, zu Besuch gekommen war. Da wurde plötzlich ein Poltern vernehmbar, das alle sofort fühlte, und ein enthaltendes Krachen und Splittieren folgte nach. Braun und Schütz sprangen sofort aus Fenster hinaus, rasten durch den Hof und sprangen über die Mauer des Rückengartens in diesen hinein. Sie kamen mit getringfügigen Verletzungen davon. Günther war ihnen sofort nangerettet, wurde aber noch von irgend einem Trümmerstück am Kopf getroffen. Günter, dieser Geschickten fielen die gesamten, sehr exponierten Teile des Daches mit dem Dach auf der Stelle zusammen und wurden zu einem nach dem Rückergarten sich anschließenden riesenhohen Trümmerhaufen von Ziegeln, Balken, gebrochenen Fensterrahmen und Verhängungen, aus dem also bald ein erstaunlicher Rauch in mächtigen Säulen emporstieg. Es flüchtete von den zwei Bauarbeitern her, mit denen das Kaufhaus nicht mehr stand.

Die Mietwohnung bewohnte und mehrere Dienste waren nach zur Stelle, und während brauner auf der Straße durch raschende Abberungen dem Radrange bei rasch sich ansammelnder Menschenmenge geweckt wurde, begannen von dem nächsten, zur Seite des Mietgeschäfts, Dr. Friedmann schwere Schritte aus die Rettungsarbeiten. Wannmeister Müller, der eine ähnliche Rettungsmauer und einige Quetschungen erhalten hatte, konnte nach Abliegung der Verbände in seine eigene Wohnung geholt werden. Mit schweren Verletzungen dagegen kamen der Bäcker Günther und der Hilfsarbeiter Gräsel aus dem Trümmerhaufen heraus. Günther fuhr das bei der ersten Rettungswelle schwere Blut aus, das durch einen leichten Schlag auf den Kopf und eine Quetschung des rechten Oberschenkels, durch einen Riefenbrand und insbesondere durch einen Oberarmbruch entstanden. Seine Wunden und Verletzungen waren schwer und Langzeit in dem Bergungskrankenhaus behandelt.

Der einzige Arbeiter des Gewerbeys gelang es gegen 11 Uhr abends, nach den anderen, bei dem Zusammenbruch des nächsten Mietgeschäfts, zunächst auf Flucht zu fliehen.

Im Dachschacht, in den er sich fliehen wollte, fand aufrecht ein eiserner Träger, der ihn in den Rücken geschlagen, so daß der Tod wohl auf der Stelle eingetreten sein muß. Auch der Kopf war verlegt und mit Blut bedekt. wurde in die Anatomie geschafft. war verschüttet. Kaufmann Karl Klothe, den man früh um 7 Uhr gefunden hatte, wurde gleichfalls in stehender Lage aufgefunden. Die eine seiner Hände umgriff trampolhaft das Kreuz des Fensters des Baubüros und war der Körper stand noch wie zum Sprunge aus dem Fenster bereit da. Träne waren vollständig gebrochen und hingen ohne jeden Halt herab. Dagegen waren der Oberkörper wie der Kopf anscheinend völlig unbeschädigt und waren in ganz feinen Schuttstaub gebettet. wurde im Keller am Ende der Trümmerstätte aufgefunden. Unfeindlich ist ist er

Note Moral und Taten. Unter diesem Titel hat der Gewerkschaftssekretär Eremmel in Mannheim C. 2. 18. eine Broschüre herausgegeben, in welcher vielwertvolles Material über die arbeiterverträgliche und arbeitschädigende der Mannheimer Genossen zusammengetragen ist. Das Werk zeigt eine recht sorgfältige Registrierung aller der klassischen sozialdemokratischen Brutalität der Mannheimer Genossen bietet damit den Kollegen im Lande eine Menge wichtige Material. Es kennzeichnet so recht den Fanatismus mit die „Klassenkämpfer“ gegen ihre eigenen Standesgenossen gehen. Obwohl die Broschüre eigentlich wertvoll nur für Badenser ist, bleibt es den Gewerkschaftsbibliotheken der Zahlstellen eine gute Vermehrung sein.

Wir empfehlen für die Bibliotheken, wie zum Massenab-

Handbuch der christlichen Gewerkschaften Deutsch-

landes

christliche Gewerkschaften oder Fachabteilungen in kathol.

Arbeitervereinen

Protokoll des Frankfurter Arbeiterkongresses

Protokoll über die Verhandlungen des vierten Kongresses

der christlichen Gewerkschaften (München)

Protokoll über die Verhandlungen des fünften Kongresses

der christlichen Gewerkschaften (Essen)

Die englischen Gewerberichte

Frankfurter Sicherungsgesetz von Woedtke

Gewerbeunfallversicherungsgesetz von Woedtke

Was jedermann bezüglich der Invalidenversicherung

wissen muss von Dr. Götz

Gewerbegefechtsgesetz von Gino

Reichsgesetz betreffs Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, von Agath

Die Arbeiterfrage, von Herkner

Die Arbeiterfrage, von Dr. Götz

Strafgelehrbuch für das Deutsche Reich

Deutsche Baukunst im Mittelalter

Was der Arbeiter von dem bürgerlichen Gesetzbuche und

den einschlägigen Vorschriften der Gewerbeordnung

und der Landesgesetze wissen muss, v. Dr. jur. Brandis

Centralblatt der christlichen Gewerkscha-

ftslands

Als gute politische Tagespresse, welche der christlichen Ge-

werkschaftsbewegung reges Interesse entgegenbringt, empfehlen

„Das Reich“, Verlag Berlin SW., Königgräcerstraße

Weltdeutsche Arbeiterzeitung, Verlag M. Gladbach

Die Befreiungen können auf der Post bestellt werden.

Neu erschienen sind:

„Die Volkswirtschaft“. Eine kleine zweimäßige Broschüre

die in systematischer Zusammenstellung die Entwicklung der heu-

ten Wirtschaft kennzeichnet. Preis 20 Pf.

„Gewerbliche Friedensdokumente“ von F. Imre

Zusammenstellung sämtlicher deutscher Tarifgemeinschaften, wie

Entwicklung. Preis 10 M. Es sind auch Auszüge, z. B.

Tarife im Handgewerbe zu 3 M. zu haben.

„Die christl. Gewerkschaftsbewegung Deutschland“

Dr. Müller. Preis 3 M.

„Geschichte der Nationalökonomie“ von L. Dahn

Preis 3 M. Ein sehr lebenswertes Buch, das eine Fülle histori-

Materials in Volkswirtschaften bringt.

„Sozialdemokratische Streitkraft“. Preis 10 Pf.

„Sollen sich die Handwerkergesellen den christl. Ge-

schäften anschließen?“ Preis 20 Pf.

Bekanntmachungen.

Beispiel Münster i. W.

Mit Genehmigung des Hauptvorstandes berichten wir

diesjährige

Zeitungskonferenz

nach Osnabrück ein.

Dieselbe findet am Sonntag, den 12. Juni, ve-

mittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Steigemeier, Sem-

straße, statt.

Lageordnung:

1. Bericht des Bezirkssekretärs.

2. Bericht des Delegierten.

3. Besprechung der Beschlüsse der IV. Generalversammlung.

4. Vortrag über Kostenverwaltung.

Jede Zahlstelle hat mindestens einen Delegierten zu entsenden.

Zahlstellen unter 100 Mitglieder dürfen nur einen, größere

stellen aber nicht mehr als zwei Delegierte entsenden.

Anträge sind bis zum 25. Mai an den Unterzeichneten zu

zurücksenden.

Der Bezirksvorstand.

J. A.: W. Bumford, Münster i. W., Dortmundstr. 11.

Versammlungskalender.

Die 4. Generalversammlung hat beauftragt der Aufnahme

Versammlungsanzeigen im Verbandsorgan beschlossen:

Aufnahmen anzeigen sollen nur dann im Versammlungsfahr-

ten pro Zeile eine Aufnahmegeschäft von 15 Pf. eingesandt werden.

Diese Bestimmung tritt für die Nummer 19 zuerst in

Verwaltungsstellen und Zahlstellen, welche in derselben und

folgenden Nummern Anzeigen aufgenommen haben wollen, in

den Beitrag rechtzeitig einzenden. (Eine Anzeige nimmt gewöhnlich zwei Zeilen in Anspruch.) Die Einsendung des Beitrags kann per Briefmarken oder per Postanweisung erfolgen. In letzterem Fall die Anzeige auf dem Postabzettel vermerkt werden.

Oppeln, 20. Mai (Weiter Pfingstag). Mitgliederversammlung im Schützenhaus.

Sterbetafel.

Am 26. April starb unser Mitglied Stanislaus Wojschow

im Alter von 29 Jahren an Schwinducht.

Beratungsstelle. Rostock infolge Schlaganfalls.

Am 1. Mai starb unser Mitglied Wilhelm Küller an Sch-

winducht im Alter von 28 Jahren.

Zahlstelle Altona. Am 4. Mai starb unser Mitglied Bernhard Schäfer an Lung-

entzündung im Alter von 20 Jahren.

Zahlstelle Bochum (Maurer).

Ehre ihrem Kunden.

Anzeigen-Teil.

Achtung! Leichtungen.

Am 19. Mai, 11 Uhr vormittags, außerordentliche Mi-

gliederversammlung. Mitgliederwähler sind einzutreten.

Ein Redner ist zur Stelle.

(1)</